



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 17.11.2023 bis 24.11.2023

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Argentinien: Javier Milei - neuer Präsident	4
Armenien: Schwierig-Flüchtlinge aufzunehmen und zu versorgen	5
Armenien: Zwei Jahre Haft für Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen	6
Belarus: Neues Leben Gemeinde beruft gegen Auflösung	7
China: Kardinal Chow: „Der Glaube wird verkündet.....“	8
China: Symposium in Hong Kong	9
China: Vertreter bei den Vereinten Nationen	10
Deutschland: EKD-Ratsvorsitzende Kurschus tritt zurück	11
Deutschland: Protest gegen Erdogan-Besuch	12
Deutschland: „Marsch für das Leben“ zog durch Saarbrücken	13
Estland: Radioarbeit	14
Europa: Deutliche Zunahme antichristlicher Hassverbrechen	15
Gaza: Aus Solidarität keine Weihnachtsdeko	16
Indien: Christlicher Richter an den Obersten Gerichtshof berufen	17
Indonesien: Konferenz über kulturübergreifende religiöse Alphabetisierung	18
Iran: Verstärkter Hijab-Zwang und Festnahmen	19
Iran: Wie geht es den Christen?	20
Israel: "Sie kamen nicht für einen Tag"	21
Israel: Regierung stimmt Geiseldeal zu	23
Kasachstan: Evangelisation mit Zeitschriften	24
Myanmar: Das Land am Rande des Zerfalls	25
Niger: Kinder mit Sehbehinderung	27
Nigeria: Entführter Schüler nach über zwei Jahren frei	28
Nigeria: Zwei Pastoren ermordet	29
Pakistan: Christ erschossen	30
Schweiz: Beten für Glaubensverfolgte	32
Simbabwe: Bischöfe zum Klima nach den Wahlen	33
Sudan: "Vergessener Krieg"	34
Südostasien: Zeugnis einer Christin in Verfolgung	35
Türkei: Christ ermordet	36
Uganda: Zwei Christen verprügelt	37

Ukraine: Bitte beten Sie weiter	38
Ukraine: Strengere Einfuhrbestimmungen für Hilfsgüter	39
Vereinigte Staaten: Prediger an Straßenecke in Arizona angeschossen	40
Vereinigte Staaten: US-Wirtschaftsführer gerügt, weil sie Xi Jinping applaudiert haben	41
Weltweit: Neuer Bericht zur Lage der Religionsfreiheit vorgelegt	42

Argentinien: Javier Milei - neuer Präsident

Neugewählter argentinischer Präsident will Botschaft nach Jerusalem verlegen

(Von Israelnetz vom 20. November 2023) Die Argentinier haben mit Javier Milei einen neuen Präsidenten gewählt. Der als äußerst liberal geltende Chef des Parteienbündnisses „Die Freiheit schreitet voran“ (LLA) setzte sich bei der Stichwahl am Sonntag mit 56 Prozent der Stimmen gegen den bisherigen Wirtschaftsminister Sergio Massa durch. Milei gilt als israelfreundlich: Vor der Wahl sagte der 53-Jährige in einem Interview der „Times of Israel“, er werde „selbstverständlich“ die Botschaft nach Jerusalem verlegen. Er bewundere Israel, weil das Land es schaffe, „die geistliche Welt mit der wirklichen Welt zu kombinieren“. (df)

Armenien: Schwierig-Flüchtlinge aufzunehmen und zu versorgen

(Licht im Osten- Suren Arutjunjan Jerewan) schreibt: „Unser leidgeprüftes Volk ist wieder einmal von Vernichtung und Völkermord bedroht. Im Laufe der Geschichte der armenischen Nation haben unsere Nachbarn alles getan, um unser Volk zu vernichten, es aus unserer Heimat zu vertreiben und zu zwingen, Christus zu verleugnen. Aufgrund von Verfolgung und Vertreibung leben heute zehnmal so viele Armenier in der Welt verstreut wie in Armenien. Dieses Mal haben sich die aus Bergkarabach entkommenen Armenier in Armenien niedergelassen, das sind etwa 120.000 Menschen. Für große Länder mag eine solche Zahl kaum ins Gewicht fallen, aber nicht für uns, denn unser Land ist klein, und wenn der Herr sich nicht erbarmt, wird es vielleicht noch kleiner werden. Deshalb ist es schwierig, die Flüchtlinge aufzunehmen und zu versorgen, auch wenn der Staat hilft. Aber auch Privatpersonen, Organisationen und Kirchen helfen auf jede erdenkliche Weise ... Auch wir versuchen, den Geflüchteten zu helfen, so gut wir können. Sie haben viele Bedürfnisse, denn sie haben ihre Häuser in aller Eile verlassen müssen, um den Bombardierungen zu entkommen, und haben weder Kleidung noch Dokumente mitgenommen. Es gibt also noch viel zu tun. Wir helfen ihnen mit Lebensmittelpaketen.“

☒ **Bitte beten Sie**, dass wir Weisheit haben, den geflüchteten Armeniern effektiv zu helfen.

Dankbar ist Suren Arutjunjan, dass die Kinderzeitschrift ARACHET wachsende Verbreitung findet und weitere Veröffentlichungen christlicher Literatur in armenischer Sprache möglich waren. „Kürzlich er-hielten wir eine Einladung aus Georgien zu einer Konferenz. Die Organisatoren baten uns, je 200 Exemplare der Zeitschriften ARACHET und GLAUBE UND LEBEN zur Konferenz mitzubringen, um diese unter den Armeniern in Georgien für evangelistische Zwecke zu verteilen. Aber die Zollbeamten erlaubten uns nicht, die Zeitschriften nach Georgien zu bringen, weil sie diese als Schmuggelware betrachteten ... Zuerst waren wir sehr bestürzt und entmutigt, aber dann gab uns der Herr eine Idee: Wir baten um die Erlaubnis, die Zeitschriften an die Menschen zu verteilen, die an der Grenze in der Schlange standen. Wir verteilten ein Exemplar an jedes Auto. Alle Hefte wurden verteilt und die Leute nahmen sie gerne an. Auch wenn die Zeitschriften für eine andere Veranstaltung gedacht waren, glauben wir, dass es bei Gott keine Zufälle gibt.“

Bitte beten Sie dafür,

☒ dass die Zeitschriften das Leben der Empfänger verändern werden.

☒ dass die ARACHET Zeitschriften und Kinderliteratur von LICHT IM OSTEN Armenien, die auch in Kinderbibliotheken ausliegen, von vielen Kindern gelesen werden und ihnen den Weg zu ihrem besten Freund und Retter, Jesus, zeigen. Auch im Religionsunterricht werden diese Zeitschriften mancherorts eingesetzt.

Armenien: Zwei Jahre Haft für Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen

AKREF-A/18.11.23 - Der Baptist Davit Nazaretian stellte aus Gewissensgründen mehrmals Anträge auf zivilen Wehrersatzdienst. Diese wurden von der Zivildienstkommission stets abgewiesen, so auch am 23. Januar 2023, während zu diesem Termin allen Anträgen von Zeugen Jehovas stattgegeben wurde. Am 25. Oktober verurteilte Richter Gagik Pogosyan vom Bezirksgericht Jerewan Zentrum den Zwanzigjährigen wegen „Umgehung des verpflichtenden Wehrdienstes bzw. Wehrersatzdienstes bzw. der Einberufung“ zu zwei Jahren Haft. Nazaretyan beabsichtigt, gegen das Urteil zu berufen und ist bis zur gegebenenfalls stattfindenden Berufungsverhandlung auf freiem Fuß.

Aufgrund bindender internationaler Menschenrechtsverpflichtungen sind Staaten verpflichtet, das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen als Teil des Rechtes auf Religions- bzw. Glaubensfreiheit zu respektieren. So hat die UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen 2022 festgestellt: „Die Staaten sollten davon absehen, Personen ausschließlich aufgrund ihrer Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu Inhaftieren und diejenigen freilassen, die aus diesem Grund in Haft sind.“

In mehreren Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (auch gegen Armenien) wurde ebenfalls die Verpflichtung der Staaten definiert, das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen als Teil des Rechts auf Religions- und Glaubensfreiheit zu respektieren und umzusetzen.

„Davit stellte einen Antrag auf zivilen Wehrersatzdienst“, erklärte Baptistenpastor Mikhail Shubin, der bei der Verhandlung anwesend war, gegenüber Forum 18. „Wenn es das Gesetz erlaubt, warum wurde dann nicht im Sinne des Antrags entschieden?“ Wenn ihm sein Gewissen nicht erlaubt, Waffen zu tragen, oder den Eid zu schwören, weshalb wurde ihm dann der Wehrersatzdienst verweigert?“

In früheren Jahren wurden Wehrdienstverweigerer in Armenien routinemäßig zu Haftstrafen verurteilt. Als 2013 der zivile Wehrersatzdienst eingeführt wurde, wurden alle aus diesem Grund Verurteilten freigelassen. Seit 2013 haben hunderte junger Männer ohne Probleme zivilen Wehrersatzdienst geleistet. Nach Aussage der Menschenrechtsaktivistin Isabella Sargsyan von der Eurasia Partnership Foundation in Jerewan handelt es sich offensichtlich um einen Einzelfall. So ist zu hoffen, dass Davit Nazaretian bei der Berufungsverhandlung nach dem geltenden Gesetz freigesprochen wird.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 10. November 2023).

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

Belarus: Neues Leben Gemeinde beruft gegen Auflösung

AKREF-A/18.11.23 - Am 17. Oktober ordnete das Stadtgericht Minsk die Auflösung der Neues Leben Gemeinde des vollen Evangeliums an. Jekaterina Kaverina vom Exekutivkomitee der Stadt Minsk hatte beim genannten Gericht die Auflösung der christlichen Gemeinde beantragt, da Amtsgerichte einige der Onlinematerialien der Gemeinde als „extremistisch“ eingestuft hatten.

Gerichte haben eine Palette von religiösen Materialien als „extremistisch“ verboten, obwohl darin nicht zu Verletzungen von Menschenrechten Dritter aufgerufen wird, darunter Materialien der Neues Leben Gemeinde, der Gruppe Vision und der belarussisch orthodoxen Pfarre in der litauischen Hauptstadt Vilnius.

Neues Leben hat beim Obersten Gerichtshof Berufung gegen den Auflösungsbeschluss eingelegt. Bisher wurde noch kein Termin für die Berufungsverhandlung angesetzt. Bis dahin wird der Beschluss nicht rechtskräftig. Die Neues Leben Gemeinde hält ihre Gottesdienste weiterhin online oder in gemieteten Kirchen ab. Aus dem eigenen Kirchengebäude wurde die Gemeinde bereits im Februar 2021 vertrieben. Im Juni 2023 wurde es auf Betreiben der Behörden abgerissen.

Die Auflösung hätte im Falle der Rechtskraft dramatische Auswirkungen auf die Gemeinschaft, da jede Betätigung nicht registrierter oder aufgelöster Religionsgemeinschaften nach Artikel 193-1 des Strafgesetzbuchs bestraft werden kann. Dieser Artikel sieht für die „Durchführung von oder Teilnahme an Aktivitäten einer nicht registrierten politischen Partei, Stiftung, zivilen oder religiösen Organisation“ eine Geldstrafe oder bis zu zwei Jahren Haft vor.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 14. November 2023).

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

China: Kardinal Chow: „Der Glaube wird verkündet.....

Hong Kong:..... indem man ihn mit dem eigenen Leben bezeugt“

Hongkong (Fides) - Den Glauben zu verbreiten, bedeute nicht nur zu wissen, wie man ihn verkündet, sondern vor allem, ihn in und mit dem eigenen Leben zu bezeugen. Mit dieser Empfehlung wandte sich der Bischof von Hongkong, Kardinal Stephen Chow, an die zwanzig Katechisten, die in den letzten Wochen während einer Liturgie in der Kathedrale der Unbefleckten Empfängnis, ihre Diplome erhielten. Bei dieser Gelegenheit, so berichtet das Wochenblatt der Diözese Hongkong „Kung Kao Po“ habe der Kardinal insbesondere auch den Dienst der fast 100 Katechismus- und Sonntagsschullehrer gewürdigt. Unter ihnen befand sich die Canossa-Schwester Maria Lit, die 55 Jahre ihres geweihten Lebens dem Katechismus gewidmet hatte, und vier weitere Katecheten, die bis zu 35 Jahre lang in diesem Amt tätig waren. Kardinal Chow ermutigte alle Anwesenden, den Katechumenen in den Sonntagsschulstunden ihre Lebensgeschichte zu erzählen und sie daran zu erinnern, dass selbst Hindernisse und Schwierigkeiten mit Hilfe der Gnadengaben des Gebets und der Sakramente der Eucharistie und der Versöhnung überwunden werden können.

Laut Frau Chung, der Direktorin des Katechese-Zentrums in Hongkong, "konzentriert sich das zweijährige katechetische Ausbildungsprogramm jetzt auf die Ausbildung von Laien, die in den Kirchengemeinden arbeiten. Die Zahl der Studierenden hat sich im Vergleich zu früher verdoppelt. In diesem Jahr wurden vier neue Themen in den Kurs aufgenommen, darunter ein Thema, das sich mit der Katechese in der Familie befasst, um den Teilnehmern und Katecheten zu helfen, mit den Veränderungen und Prüfungen des Lebens fertig zu werden".

Die Diözese Hongkong bereitet sich darauf vor, das Laienamts des Katechisten zu etablieren, wie Papst Franziskus in seinem Apostolischen Schreiben „Antiquum ministerium“ wünscht, und verstärkt dazu die Begleitung für Katechismuslehrer, um ihr Engagement für die apostolische Arbeit, zu der sie berufen sind, zu fördern.

(NZ) (Fides 22/11/2023)

China: Symposium in Hong Kong

Katholische Bischöfe, Priester und Wissenschaftler im Dialog über Synodalität und "Sinisierung"

Hongkong (Fides) - "Der Geist der Synodalität und die Kirche in China: Gemeinschaft, Teilhabe und Sendung" war das Thema des dritten gemeinsamen Symposiums von Wissenschaftlern aus Hongkong und dem chinesischen Festland, das am 15. und 16. November im Holy Spirit Study Center stattfand und mit dem Besuch des Erzbischof der Diözese Peking, Joseph Li Shan, in Hongkong zusammenfiel.

Das Symposium wurde gemeinsam von der Theologischen Forschungskommission der Chinesischen Bischofskonferenz und dem Holy Spirit Study Center der Diözese Hongkong organisiert. Kardinal John Tong, emeritierter Bischof von Hongkong, stand dem Eröffnungsgebet vor. Der Bischof von Hongkong Kardinal Stephen Chow (sj), und Bischof Joseph Li Shan hielten die Hauptreden. Etwa fünfzig Wissenschaftler, Bischöfe und Priester setzten sich im Rahmen des Symposiums gemeinsam mit verschiedenen Themen auseinander. Bischof Joseph Yang Yongqiang von Zhoucun hielt die Abschlussrede und berichtete den Teilnehmern von seinen Erfahrungen bei der Versammlung der Bischofssynode zur Synodalität im Oktober in Rom. In weiteren Beiträgen wurden die biblischen und patristischen Wurzeln der synodalen Praxis in der Kirche, ihre theologischen Grundlagen und die mögliche Beziehung zwischen Synodalität und Formen der Anpassung der kirchlichen Dynamik an die Kultur und die Verwaltungsverfahren der chinesischen Gesellschaft untersucht.

"Der Hauptakteur der Synodalität ist der Heilige Geist". Dies war das Leitmotiv der Rede von Kardinal Chow, in der der Bischof von Hongkong auch mehrere Bezüge zu seinen Erfahrungen bei der Synodenversammlung im Oktober einstreute. "Um die Erfahrung einer synodalen Kirche zu machen", sagte Kardinal Chow unter anderem, "müssen wir als erstes lernen und bereit sein, 'im Heiligen Geist zu sprechen'. Es ist der Heilige Geist, der uns dazu führt, einander zuzuhören, uns auszutauschen und zu unterscheiden, in gegenseitigem Respekt, Vertrauen und Tiefe". Durch den Dialog und den Austausch, betonte der Kardinal, "kann die Kirche die Ausübung der Synodalität weiter vertiefen und den Prozess der Verwandtschaft in der Kirche fördern".

Bischof Joseph Li Shan betonte, dass auch die ursprüngliche Absicht des gemeinsamen theologischen Symposiums darin bestand, "einander in der Gemeinschaft der Liebe zuzuhören und gemeinsam zu erkunden, wie man das Evangelium besser verbreiten kann". Die beiden Diözesen Hongkong und Peking "lernen voneinander, ergänzen sich, bereichern sich gegenseitig, fördern die evangelische und pastorale Arbeit auf dem Weg der ‚Sinisierung‘ und arbeiten zusammen, um das Studium des theologischen Denkens und die Vermittlung des Katholizismus in China zu fördern".

Der Austausch zwischen Wissenschaftlern und Geistlichen aus Hongkong und dem chinesischen Festland und das erfolgreiche Symposium eröffneten nach Meinung vieler Teilnehmer neue Perspektiven für die Zusammenarbeit auch im Bereich der theologischen Studien.

(NZ) (Fides 23/11/2023)

China: Vertreter bei den Vereinten Nationen

“Religionen können eine positive Rolle bei der Förderung des Friedens spielen”

New York (Fides) - Die Volksrepublik China hoffe, dass "die Religionen eine positive Rolle bei der Förderung des Friedens und der Stärkung der Solidarität spielen können", indem sie insbesondere bei der "politischen Lösung des russisch-ukrainischen Konflikts" eine "aktive Rolle" spielen. Dies betonte der stellvertretende ständige Vertreter der Volksrepublik China bei den Vereinten Nationen. Geng Shuang, mit Blick auf die Erwartungen der politischen Autoritäten in Peking hinsichtlich der Beteiligung von Glaubensgemeinschaften an der Lösung von Kriegen und Konflikten in der Welt.

Die Hoffnungen der chinesischen Behörden auf eine positive Rolle, die die Glaubensgemeinschaften in der gegenwärtigen historischen Phase spielen können, wurden am 17. November während der Beratungen des UN-Sicherheitsrates über die Beteiligung der orthodoxen Kirchen am Konflikt in der Ukraine zum Ausdruck gebracht.

Wie die staatliche chinesische Nachrichtenagentur „Xinhua“ berichtet, bezeichnete Geng Shuang die Religion als "einen wichtigen Teil der menschlichen Zivilisation und einen wichtigen Träger der Kultur". „Die friedliche Koexistenz, der Dialog und der Austausch zwischen verschiedenen Religionen innerhalb eines Landes", so der chinesische Vertreter weiter, "können zur Förderung der sozialen Harmonie und des zivilen Zusammenlebens zwischen verschiedenen Gruppen beitragen". „Und wenn religiöse Fragen nicht richtig behandelt werden", so Geng Shuang, "können sie leicht Barrieren schaffen, Spannungen verstärken und sogar zu Zusammenstößen und Konflikten führen". Dies gelte auch im aktuellen Kontext, so der chinesische Vertreter. Die Volksrepublik China unterstütze "den gegenseitigen Respekt, den verstärkten Austausch und das bessere Verständnis zwischen verschiedenen Religionen und religiösen Bekenntnissen, wenn es darum geht, eine positive Rolle beim Abbau von Spannungen und der Erhaltung des Friedens zu spielen".

In Bezug auf den anhaltenden Konflikt in der Ukraine bemerkte der chinesische Vertreter, dass dessen Fortdauer "zu einer Vielzahl von Problemen und zur Eskalation religiöser, kultureller und sozialer Gegensätze geführt hat". "China hat sich immer auf die Seite des Friedens und des Dialogs gestellt", betonte der stellvertretende Ständige Vertreter der Volksrepublik China bei den Vereinten Nationen, der bekräftigte, dass nach Ansicht Pekings "Dialog und Verhandlungen der grundlegende Weg sind, um eine politische Lösung der Ukraine-Krise zu erreichen".

(NZ) (Fides 20/11/2023)

[top^](#)

Deutschland: EKD-Ratsvorsitzende Kurschus tritt zurück

Das gab sie in einer persönlichen Erklärung in Bielefeld bekannt

Bielefeld/Hannover (IDEA) – Die EKD-Ratsvorsitzende, Präses Annette Kurschus (Bielefeld), tritt mit sofortiger Wirkung zurück. Das gab sie in einer persönlichen Erklärung in Bielefeld bekannt. Auch ihr Amt als Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen legt die 60-Jährige nieder. Die stellvertretende Ratsvorsitzende Bischöfin Kirsten Fehrs übernimmt ab sofort kommissarisch das Amt des EKD-Ratsvorsitzes. Kurschus war vorgeworfen worden, von Missbrauchsvorfällen gegen einen Mitarbeiter der westfälischen Landeskirche gewusst zu haben. Die „Siegener Zeitung“ hatte kürzlich darüber berichtet, dass ein Mitarbeiter im Evangelischen Kirchenkreis [Siegen-Wittgenstein](#) über Jahrzehnte hinweg männliche Jugendliche sexuell missbraucht haben soll. Der Zeitung zufolge haben ehemalige Gemeindeglieder „glaubhaft“ versichert, dass sie die heutige EKD-Ratsvorsitzende schon Ende der 1990er Jahre „über konkrete [Missbrauchsvorwürfe](#) gegen einen exponierten Angestellten der Kirche unterrichtet“ hätten – und zwar „in einem persönlichen Gespräch im Garten“. Kurschus war von 1993 bis 2005 als Gemeindepfarrerin in Siegen tätig und von 2005 bis 2012 Superintendentin des Kirchenkreises. Fehrs ist Bischöfin im Sprengel Hamburg und Lübeck der Nordkirche. Am 10. November 2021 wurde sie zur stellvertretenden Ratsvorsitzenden der EKD gewählt. Dem Rat gehört sie seit 2015 an.

Kurschus: Schaden von der Kirche abwenden

Kurschus sagte, sie sei zu diesem Schritt gezwungen, um Schaden von der Kirche abzuwenden. Sie habe zu keinem Zeitpunkt versucht, irgendetwas zu vertuschen. Durch die Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit habe aber das öffentliche Vertrauen in ihre Person Schaden genommen. Deswegen könne sie ihre Ämter nicht mehr ausüben, die „mit einem hohen Maß an öffentlicher Wirksamkeit verbunden“ seien. Ferner äußerte sie, in der Sache „bin ich mit mir im Reinen. Ich habe zu jeder Zeit nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt.“ Zu dem mutmaßlichen Missbrauchsfall sagte Kurschus, sie sei lange Zeit mit dem Beschuldigten und dessen Familie befreundet gewesen. Ein direktes Dienstverhältnis zwischen ihr und dem Mann habe es aber zu keinem Zeitpunkt gegeben. Sie habe zwar über die Homosexualität und die eheliche Untreue des Mannes Bescheid gewusst, nicht aber über die Missbrauchsvorwürfe. „Ich wünschte, ich wäre vor 25 Jahren bereits so aufmerksam, so geschult und so sensibel für Verhaltensmuster gewesen, die mich heute alarmieren würden“, so Kurschus. Durch ihre Zurückhaltung habe sie die Rechte der Betroffenen schützen wollen.

Deutschland: Protest gegen Erdogan-Besuch

Ein „islamistischer Hassprediger“ Der türkische Präsident wurde von Bundespräsident Steinmeier empfangen

Berlin (IDEA) – Gegen den Staatsbesuch des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan am 17. November in Berlin haben die Gesellschaft für bedrohte Völker und das „Syrian Kurdish Diaspora Network in Europe“ gemeinsam demonstriert. Erdogan wurde von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier empfangen und trifft auch mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zusammen. Die Demonstranten zeigten ein Transparent mit der Aufschrift „Kein roter Teppich für den Islamisten Erdogan!“. Der Nahostexperte der Gesellschaft für bedrohte Völker, Kamal Sido (Göttingen), erklärte vor Schloss Bellevue: „Der türkische Präsident ist ein islamistischer Hassprediger. Auf sein Geheiß begeht die türkische Armee täglich Kriegsverbrechen an ethnischen und religiösen Minderheiten. In den kurdischen Gebieten Nordsyriens, die die Türkei völkerrechtswidrig besetzt hält, bombardiert seine Luftwaffe andauernd zivile Ziele.“ Es sei unbegreiflich, „dass unser Staatsoberhaupt und unser Regierungschef sich beeilen, diesem Mann die Hand zu schütteln. Solange er regiert, wird die Türkei kein verlässlicher Partner Deutschlands, Europas oder der NATO sein.“ In Syrien arbeite Erdogan gemeinsam mit dem Iran und Russland aktiv gegen europäische Sicherheitsinteressen. Zusammen mit dem Emir von Katar gehöre er zu den wichtigsten Unterstützern des radikalen sunnitischen Islamismus. In Bezug auf den Krieg zwischen der radikalislamischen Terrororganisation Hamas und Israel hatte der türkische Präsident kurz vor seiner Deutschland-Reise Israel einen „Genozid“ im Gazastreifen und „Staatsterror“ vorgeworfen. Die Hamas-Terroristen bezeichnete er als Freiheitskämpfer.

Deutschland: „Marsch für das Leben“ zog durch Saarbrücken

Mehr Gegendemonstranten als Lebensschützer

Saarbrücken (IDEA) – Rund 200 Menschen haben nach Angaben der Polizei beim „Marsch für das Leben“ in Saarbrücken ein Zeichen für den Lebensschutz gesetzt. Die Kundgebung wurde vom „Arbeitskomitee Christen für das Leben“ (Saarbrücken) und „Aktion-Leben e.V.“ (Weinheim) organisiert. Sie startete mit einem Gebet vor dem Gebäude der Beratungsorganisation „Pro Familia“, die für ein Recht der Frau auf Schwangerschaftsabbruch eintritt und ihn in medizinischen Zentren auch vornimmt. Anschließend liefen die Teilnehmer durch die Innenstadt. Dabei reihten sich etwa 50 Gegendemonstranten der Partei „Die Partei“ hinter die Lebensschützer. Im Streckenverlauf kam es zusätzlich zu Störungen von kleineren Gruppierungen, die laut dem Landespolizeipräsidium Saarland dem linken Spektrum zuzuordnen sind. Einsatzkräfte mussten mehrere dieser Störer mittels einfacher körperlicher Gewalt abdrängen. Die Polizei führte Identitätsfeststellungen durch und leitete mehrere Strafverfahren ein. Zum Abschluss des Marsches gab es eine Kundgebung vor der Europagalérie in der Innenstadt. Auch hier hatten sich 200 Demonstranten zu einer Protestaktion versammelt. Der „Marsch für das Leben“ findet in Saarbrücken bereits seit 1990 jährlich unter dem Motto „Für das Lebensrecht jedes Kindes – Abtreibungsausstieg jetzt“ statt.

Estland: Radioarbeit

(Licht im Osten, Narva) berichtet dankbar: „Die Radioarbeit geht weiter. Wir senden immer noch auf drei Wegen: auf Mittelwelle, auf Ultrakurzwelle in Estland und im Internet. Für uns ist das ein Wunder und eine Gnade Gottes, wenn man bedenkt, welche Kosten mit diesem Dienst verbunden sind. Wir haben aktuell alles, was wir brauchen, um das Evangelium über Radiowellen zu verbreiten.“ Viele dankbare Rückmeldungen von Radiohörern erreichen ihn immer wieder.

☒ Danken Sie mit uns für diese Gebetserhörung und für all die vielen Menschen, die auf diesem Weg das Evangelium hören und geistliche Hilfe erfahren.

„Einerseits leben wir in einer unruhigen Zeit, in der die Nachrichtensendungen von einer Katastrophe nach der anderen berichten ... Andererseits sagt die Bibel: Jetzt ist die Zeit der Gnade, jetzt ist der Tag des Heils. Jeder, der will, kann das Evangelium hören. Im Fernsehen, im Radio und im Internet wird Gottes Wort gepredigt. Die Gemeinden sind offen und aktiv. Gott ruft überall und jeden zur Bekehrung auf.“

☒ Bitten wir Gott weiterhin um viele Möglichkeiten und Mittel zur Verbreitung des Evangeliums – auch im Baltikum!

Europa: Deutliche Zunahme antichristlicher Hassverbrechen

748 Fälle in 30 Staaten – Beobachtungsstelle in Wien veröffentlicht Jahresbericht

Wien (IDEA) – Die Zahl der antichristlichen Hassverbrechen in Europa hat deutlich zugenommen. Das geht aus dem [Jahresbericht 2022/23](#) der „Beobachtungsstelle für Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen in Europa“ (OIDAC/Wien) hervor. Sie dokumentierte im vergangenen Jahr 748 Fälle in 30 Staaten. Das waren 44 Prozent mehr als 2021. Zu den antichristlichen Attacken gehörten laut OIDAC unter anderem Brandanschläge, Entweihungen, Beleidigungen und körperliche Angriffe. Dem Bericht zufolge ist insbesondere die Zahl der Brandanschläge gestiegen: von 60 im Jahr 2021 auf 105 im vergangenen Jahr. Das entspricht einem Zuwachs von 75 Prozent. Laut der Beobachtungsstelle sind Christen damit nach Juden die am häufigsten angegriffene Religionsgruppe. Die Geschäftsführerin von OIDAC Europa, Anja Hoffmann, begründete die Zunahme antichristlicher Hassverbrechen – insbesondere Vandalismus – damit, dass die extremistische Motivation und die Akzeptanz der gezielten Bekämpfung von Kirchen zugenommen hätten.

OSZE-Beauftragte fordert politische Maßnahme

Tief besorgt über die steigenden Fallzahlen äußerte sich auch die Beauftragte für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die Theologieprofessorin Regina Polak (Wien): „Es ist dringend notwendig, sowohl das staatliche als auch das gesellschaftliche Bewusstsein für dieses Problem zu schärfen und politische Maßnahmen zu ergreifen, um es entschlossen anzugehen und zu bekämpfen.“ Die OSZE ermittelte im vergangenen Jahr 792 antichristliche Hassverbrechen in 34 europäischen Ländern. In dem OIDAC-Bericht geht es auch um Formen der Diskriminierung von Christen. So sei es insbesondere in Großbritannien zu rechtlichen Einschränkungen der Religions- und Versammlungsfreiheit durch sogenannte „Pufferzonen“-Gesetze gekommen. Diese kriminalisierten Gebete und religiöse Kundgebungen rund um Abtreibungskliniken. Besonders auffällig sei die Festnahme von Isabel Vaughan-Spruce gewesen, die von der Polizei verhört wurde, als sie schweigend in einer der „Pufferzonen“ stand. Sie wurde gefragt, ob sie „in Gedanken betet“. Später entschuldigte sich die Polizei in Birmingham bei der Abtreibungsgegnerin, weil sie diese zweimal wegen stillen Betens vor einer Abtreibungsklinik verhaftet hatte.

Gaza: Aus Solidarität keine Weihnachtsdeko

Bethlehem: Das gab die Stadtverwaltung auf Facebook bekannt

Bethlehem (IDEA) – Die Stadtverwaltung von Bethlehem, der Geburtsstadt Jesu Christi, hat entschieden, den Weihnachtsschmuck auf allen öffentlichen Plätzen abzuhängen. Dies geschehe zu Ehren der von Israel im Gazastreifen getöteten „Märtyrer“ sowie aus Solidarität „mit unseren Eltern im väterlichen Gaza“, hieß es am 14. November in einem Facebook-Post. Auf einem Foto zu dem Post ist zu sehen, wie bereits Lichterketten entfernt werden. Ein Sprecher der Stadt sagte dazu gegenüber der britischen Tageszeitung „The Telegraph“ (London): „Die Menschen sind nicht wirklich in Feierlaune. Sie sind traurig, wütend und aufgebracht. Unsere Leute in Gaza werden kaltblütig massakriert und getötet.“ Die traditionellen Weihnachtsgottesdienste sollen trotzdem stattfinden. Zum Hintergrund: Die radikalislamische Terrororganisation Hamas hatte am 7. Oktober Israel angegriffen und dabei mehr als 1.400 Menschen getötet und über 240 Geiseln in den Gazastreifen verschleppt. Israel reagiert darauf militärisch und will die Hamas zerschlagen. In Bethlehem im Westjordanland leben rund 30.000 Menschen, etwas weniger als 20 Prozent von ihnen sind Christen – Tendenz abnehmend.

Indien: Christlicher Richter an den Obersten Gerichtshof berufen

Menschenrechtler und Christen begrüßen die Ernennung

Neu Delhi (IDEA) – Menschenrechtsorganisationen und Christen in Indien begrüßen die Berufung eines Christen an den Obersten Gerichtshof des Landes. Der Christ Augustine George Masih war Mitte November als Mitglied des Gerichtshofes vereidigt worden. Die Direktorin der Rechtsabteilung in Asien der christlichen Menschenrechtsorganisation ADF International, Themina Arora, erklärte dazu gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA, die Ernennung eines christlichen Richters sei grundsätzlich nicht ungewöhnlich. Der Oberste Gerichtshof versuche, eine Vertretung verschiedener Landesteile und Religionsgruppen sicherzustellen. Im Juni sei jedoch der letzte christliche Richter in den Ruhestand gegangen. Masih fülle nun diese Lücke. „Auch wenn seine Ernennung wahrscheinlich keine direkten Auswirkungen auf die Christen in der Gesellschaft haben wird, sendet sie doch ein wichtiges Signal, dass die christliche Gemeinschaft ein integraler Bestandteil der Nation ist“, erklärte Arora. Masih hat die Position eines Obersten Richters bis zum 11. März 2028 inne.

Christliche Vertreter: Berufung ist eine gute Nachricht

Auch Vertreter der Christen in Indien begrüßten die Berufung Masih. So bezeichnete der Staatsanwalt am Obersten Gerichtshof, der Christ Thomas Franklin Caesar, die Ernennung „eines unserer eigenen Leute auf der höchsten Ebene der Justiz“ als „gute Nachricht“. Masih könne aufgrund seiner umfangreichen Erfahrung als Anwalt und Richter „ein besseres Verständnis für die armen, unterdrückten und stimmlosen Menschen haben“. Der nationale Koordinator des Vereinigten Christlichen Forums und Leiter der Föderation der katholischen Verbände der Erzdiözese Delhi, A.C. Michael, erklärte, der neue Richter sei für seine unvoreingenommenen Urteile bekannt. Masih wurde am 12. März 1963 in Ropar (Bundesstaat Punjab) geboren und studierte in Uttar Pradesh Jura. Neben Tätigkeiten als Rechtsanwalt, arbeitete er als Staatsanwalt am Obersten Gerichtshof Indiens sowie als Richter am Obersten Gericht der Bundesstaaten Punjab und Haryana. Seit dem 30. Mai 2023 war er Vorsitzender Richter am Obersten Gericht von Rajasthan. Indien belegt Platz elf auf dem Weltverfolgungsindex des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors. Grund für den seit Jahren zunehmenden Druck ist vor allem der immer stärker werdende Hindu-Nationalismus, der unter anderem durch die regierende Partei BJP vorangetrieben wird. Von den rund 1,4 Milliarden Einwohnern Indiens sind knapp fünf Prozent Christen.

Indonesien: Konferenz über kulturübergreifende religiöse Alphabetisierung

IIRF-D/ICC/Tübingen/23.11.23 - International Christian Concern - Das Leimena-Institut und das Ministerium für Recht und Menschenrechte der Republik Indonesien haben vor kurzem eine internationale Konferenz über kulturübergreifende religiöse Alphabetisierung (CCRL) veranstaltet.

Die Konferenz, an der mindestens 30 renommierte Redner aus der ganzen Welt teilnahmen, markierte die Umsetzung des Kooperationsabkommens zwischen dem Leimena-Institut und dem indonesischen Ministerium für Recht und Menschenrechte. Ziel der Konferenz ist es, das Verständnis für die Religions- und Weltanschauungsfreiheit im Bildungsbereich zu verbessern.

"An dieser internationalen Konferenz werden verschiedene nationale und internationale Redner teilnehmen. Sie wird durchgeführt im Zusammenhang mit der Feier des 75-jährigen Jubiläums des Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) am 10. Dezember mit dem Thema Harmonie in der Vielfalt", sagte der Generaldirektor für Menschenrechte, Dhanana Putra, auf einer Pressekonferenz.

Indonesien gilt als eines der Länder, in denen weltweit die schlimmste Verfolgung herrscht, wenn es um die Religionsfreiheit geht. Diese Einstufung ist eine öffentliche Erklärung, dass die Vereinigten Staaten den Zustand der Religionsfreiheit im Land missbilligen.

Christen sind mit Diskriminierung in Form von restriktiven Blasphemiegesetzen, Einschränkungen bei der Kirchenregistrierung und Gewalt durch Teile der muslimischen Bevölkerung, die 87,2 % der Bevölkerung des Landes ausmacht, konfrontiert. Trotz dieser Herausforderungen ist das Leimena-Institut mit der Verbreitung der kulturübergreifenden religiösen Alphabetisierung erfolgreich und kann sich mit 5000 Lehrern aus 34 Provinzen Indonesiens rühmen.

Der ehemalige Senior Fellow des Leimena-Instituts und Sonderbeauftragte des Präsidenten für den Nahen Osten und die Organisation für Islamische Zusammenarbeit, Professor Alwi Shihab, sagte: "Der CCRL-Ansatz klärt die Lehrer darüber auf, dass wir grundsätzlich bereit sein müssen, Unterschiede zu umarmen. Unterschiede sollten keine Ursache für Konflikte sein; im Gegenteil, Unterschiede sind unvermeidlich, also sollten wir für das Allgemeinwohl mit diesen Unterschieden umgehen."

Iran: Verstärkter Hijab-Zwang und Festnahmen

(IGFM) Die Diskriminierung und Unterdrückung im Iran nimmt weiter zu. So wird der Hijab-Zwang auf Frauen verstärkt, indem vermehrt Sittenwächter eingesetzt werden, die Frauen ohne Kopftuch verwarren und fotografieren.

Zudem wurden Geschäfte geschlossen, die Frauen ohne Kopftuch hereingelassen oder bedient hatten. Zukünftig könnten Frauenrechte noch stärker verletzt werden, da der Hijab-Gesetzentwurf ein erneutes Mal dem Wächterratt zur Prüfung vorgelegt werden soll und nach Zustimmung in Kraft treten würde.

Auch bekannte Schauspielerinnen sind von der Diskriminierung schwer betroffen. So wurde Hanieh Tavassoli zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von umgerechnet 300 Euro verurteilt, weil sie in den sozialen Medien die Bekleidungs Vorschriften für Frauen kritisiert hatte.

Weitere unrechtmäßige Haftstrafen wurden außerdem gegen Mahsa Yazdani, die Mutter eines Opfers der landesweiten „Frau, Leben, Freiheit“-Proteste und die politischen Angeklagten Reza Mohammad Hosseini, Mahboubeh Rezaei und Samaneh Norouz ausgesprochen.

Ein kleiner Lichtblick sind allerdings die Freilassungen des Protestrappers Toomaj Salehi und der Journalistinnen Nasim Tawafzadeh und Helaleh Nategeh auf Kaution.

Haftstrafe für bekannte Schauspielerinnen

Die Schauspielerin Hanieh Tavassoli wurde zu sechs Monaten Haft und einer Geldstrafe von 300 Euro verurteilt, weil sie im Rahmen der landesweiten Proteste 2022 in sozialen Medien die Bekleidungs Vorschriften für Frauen kritisiert hatte. Eine weitere Schauspielerin, Azadeh Samadi, wurde mit einem Reiseverbot belegt und ihr Reisepass beschlagnahmt. Zuvor war sie bereits zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, da sie sich nicht an die Hijab-Pflicht gehalten hatte.

"Horrortunnel" der Kopftuchpflicht

Im Iran werden vermehrt Sittenwächter eingesetzt, die in den U-Bahn Gängen stehen und Frauen ohne Kopftuch verwarren und filmen. In den sozialen Medien werden diese Gänge deswegen als „Horrortunnel“ bezeichnet. Darüber hinaus wurden 121 Geschäfte in der Provinz Teheran vorübergehend von den Behörden geschlossen, weil sie Frauen ohne Kopftuch hereingelassen oder bedient hatten. Des Weiteren wurden Fahrzeuge bei wiederholten Verstößen gegen die Hijab-Pflicht beschlagnahmt.

13 Jahre Haft für Mutter eines Protest-Opfers

Mahsa Yazdani, die Mutter von Mohammad Javad Zahedi, der mit 20 Jahren während der landesweiten Proteste 2022 durch die Polizei getötet wurde, wurde vor Gericht zu insgesamt 13 Jahren Haft verurteilt. Nach iranischem Recht können davon fünf Jahre vollzogen werden.

Auszüge aus dem **Iran-Bericht vom 22. November 2023**

Iran: Wie geht es den Christen?

Der Iran wird von einem zunehmend strengen islamischen Regime regiert, das die Existenz von Hauskirchen als einen Versuch westlicher Länder betrachtet, den Islam zu untergraben. Die staatliche Überwachung nimmt zu, und die Behörden greifen immer stärker in das tägliche Leben und die Aktivitäten ein. Wenn Menschen mit muslimischem Hintergrund Christen werden (und davon gab es in den letzten Jahren Tausende), können sie sich nur in geheimen Hauskirchen treffen. Sie laufen Gefahr, überwacht, schikaniert, verhaftet und wegen "Verbrechen gegen die nationale Sicherheit" verfolgt zu werden. Sie können auch ihre Chancen auf Bildung und Beschäftigung verlieren.

Open Doors / Bridgeway Publications vom October 2023/ übersetzt und bearbeitet AKREF

Israel: "Sie kamen nicht für einen Tag"

Zum Waffenarsenal der Hamas

(israelnetz.com Bericht von Valentin Schmid vom 20. November 2023) Das israelische Militär zeigt Waffen, die die Hamas am 7. Oktober ins Land gebracht hat. Damit hätten die Terroristen wochenlang kämpfen können. Doch manches Material wurde auch absichtlich falsch verwendet.

Die Militärbasis 6023 der israelischen Armee in Zrifin, nahe Tel Aviv. Vier völlig zerstörte Pick-up-Trucks und zwei rostige Motorräder stehen vor dem Eingang eines weißen Mannschaftszeltes. Sie deuten auf eine Ausstellung hin, die sich so nie jemand gewünscht hat. Denn es sind die Fahrzeuge, mit denen die Hamas am Morgen des 7. Oktober den Zaun nach Israel durchbrach.

Jetzt hat die Armee Journalisten eingeladen, die Ausrüstung der Terroristen zu begutachten. Oder besser gesagt: Einen Teil davon. „Wir haben hunderte verschiedene Waffen gefunden und tausende Raketen“, erklärt Oberstleutnant Idan Scharon-Kettler. „Manche auf den Pick-ups, manche an den Körpern der toten Terroristen, manche auf den Schlachtfeldern.“

Die Menge der gefundenen Waffen ließe sich unmöglich an einem Tag verfeuern. „Sie kamen nicht für einen Tag. Sie kamen, um zu bleiben. Um so viele Zivilisten wie möglich zu töten, in einem kontinuierlichen Krieg mit uns.“

Panzerfäuste aus Nordkorea

„Ich höre oft, dass Gaza als Freiluft-Gefängnis bezeichnet wird. Aber ich kenne kein Gefängnis, in das man so viele Waffen hineinschmuggeln kann.“ Scharon-Kettler zeigt auf zwei lange Reihen von Panzerfäusten – eine aus Russland und eine aus Nordkorea. Wie die in den Gazastreifen kamen, kann oder will er nicht sagen. „Wir verfolgen jetzt die Lieferketten nach.“ Das meiste Material komme aber sowieso aus dem Iran oder sei von der Hamas selbst gefertigt worden.

Im Zelt liegen Sprengsätze, die mit Hilfe von Gartenschläuchen oder 3D-Druckern hergestellt wurden. Daneben kubikmetergroße Kisten mit den Textilien der Terroristen. Die Hamas habe spezifische Rucksäcke für die verschiedenen Arten von Waffen gefertigt. „Da ist viel Geld nach Gaza geflossen. Das sind nicht einfach die Pläne einer kleinen Gruppe. Das waren Jahre des Planens und Sammelns.“

Ausrüstung absichtlich missbraucht

Es ist nicht selbstverständlich, dass die israelische Armee der Öffentlichkeit Einblicke in ihre Hallen gewährt. Im Gegenteil: Über viele Themen dürfen Journalisten erst berichten, sobald das Militär grünes Licht gibt. Dazu gehören etwa persönliche Daten über Geiseln, Cyberangriffe, Raketenangriffe auf israelische Infrastruktur, Treffen des Sicherheitskabinetts sowie Besuche von Politikern in Militärbasen. Die meisten Punkte haben strategische Gründe.

Mit der Präsentation der Hamas-Waffen werden ein weiteres Mal die Gräueltaten des 7. Oktobers unterstrichen. Der Schrecken steht auch Idan Scharon-Kettler noch ins Gesicht geschrieben. Er ist darauf spezialisiert, gegnerische Waffen sicherzustellen. Doch normalerweise tue er das im Rahmen konventioneller Kriege. „Was wir hier sehen, ist eine beachtliche Menge an Militärequipment, das dafür hergestellt wurde, Militärfahrzeuge und Panzer anzugreifen.“

Er zeigt auf einen Sprengsatz mit magnetischem Kopf, speziell darauf ausgelegt, die israelischen Merkava-Panzer lahmzulegen. „Und diese wurden an Party-Autos angewendet, an Menschen, die leben und tanzen wollten. Wir sahen, wie diese an Familien angewendet wurden, innerhalb ihrer eigenen Sicherheitsräume.“

Kommt es bald zur Geiselfreilassung? Geiseln seit sechs Wochen verschleppt (Die israelische Armee legt Bilder vor, die beweisen sollen, dass die Hamas Geiseln im Schifa-Krankenhaus festgehalten hat)

Noch immer hält die Hamas rund 240 Geiseln im Gazastreifen gefangen. Diplomatische Bemühungen zur Freilassung der Geiseln könnten bald einen erfolgreichen Abschluss finden. Doch noch gibt es Fragezeichen.

Verschiedenen Medienberichten zufolge kommt Bewegung in die Verhandlungen zur Freilassung der israelischen Geiseln im Gazastreifen. Unter anderem meldete die jordanische Zeitung „Al Ghad“, dass eine Kampfpause und die Freilassung der Geiseln am Montag bevorstünden. Die Zeitung beruft sich auf einen ungenannten Hamas-Vertreter. Israelische Beamte dementierten eine solche Vereinbarung, wie die Nachrichtenseite von „Yediot Aharonot“ am späten Sonntagabend meldete.

Ebenfalls am Sonntag sagte Katars Regierungschef Tamim Hamad al-Thani, dass nur noch sehr niedrige Hürden für eine entsprechende Vereinbarung zwischen Israel und der Hamas zu überwinden seien, um einige dutzend Geiseln freizubekommen. Die ungelösten Punkte seien eher praktischer und logistischer Natur. Das Emirat Katar übernimmt seit Kriegsbeginn eine Vermittlerrolle zwischen den Kriegsparteien. Der stellvertretende Nationale Sicherheitsberater der USA, Jonathan Finer, erklärte im US-Fernsehen, dass es zwar noch keine Einigung gebe, man sei aber näher vor einer Übereinkunft, „als wir es vielleicht jemals waren“:

Unabhängig von diesen Meldungen teilte das Büro des israelischen Premiers Benjamin Netanjahu (Likud) mit, dass Mitglieder des Kriegskabinetts am Montag Angehörige der Geiseln treffen wollen. Am Samstag hatten in Israel Zehntausende Menschen für eine schnelle Vereinbarung zur Freilassung der Geiseln demonstriert.

65 getötete israelische Soldaten

Nach Angaben des israelischen Militärs wurden mehrere Geiseln zeitweise im Schifa-Krankenhaus in Gaza untergebracht. Die Armee veröffentlichte am Sonntag entsprechende Aufnahmen. Diese sollen einen der entführten nepalesischen und einen thailändischen Staatsbürger zeigen. „Diese Erkenntnisse beweisen, dass die Terror-Organisation Hamas den Komplex des Schifa-Krankenhauses am Tag des Massakers als terroristische Infrastruktur nutzte“, hieß es.

Zudem veröffentlichte die Armee ein Video, das einen Tunnel zeigen soll, durch den die Terroristen unter den Krankenhauskomplex gelangt sind. Dieser soll eine Länge von 55 Metern haben und in einer Tiefe von zehn Metern liegen. Am Ende des Tunnels soll sich eine explosions sichere Tür befinden.

Währenddessen geht der Beschuss auf Israel aus dem Gazastreifen und dem Libanon weiter. Am Montag wurden erneut mehrere Raketen auf den Süden Israels abgefeuert. Unter anderem im Kibbutz Ein Haschloscha wurde Raketenalarm ausgelöst. In der Nacht zuvor hatte die Armee bei einem Luftangriff drei Hamas-Kommandeure getötet. Am Montag gab die Armee auch den Tod zweier Soldaten bekannt. Damit erhöht sich die Zahl der bei der Bodenoffensive getöteten Israelis auf 65.

Und auch aus dem Libanon feuert die Hisbollah weiter auf Israel. Seit dem 7. Oktober hat die Terrormiliz mehr als 1.000 Geschosse auf den jüdischen Staat abgefeuert. Die israelische Armee griff ihrerseits am Montag die Abschussstellungen im Süden des Libanon an. (mas)

israelnetz.com

Israel: Regierung stimmt Geiseldeal zu

Freilassung in Gruppen geplant

(Israelnetz vom 22. November 2023) Viele Israelis protestieren seit Wochen für die Freilassung der Geiseln – nun besteht Hoffnung, dass wenigstens ein Teil schon bald freikommt.

Ein Zwischenziel Israels ist in greifbarer Nähe: Nach einem vereinbarten Deal sollen die ersten Geiseln freikommen. Dafür bietet Israel eine Feuerpause an.

JERUSALEM (inn) – Die israelische Regierung hat am Mittwochmorgen einer Vereinbarung zur Freilassung von Geiseln zugestimmt. Rund 50 der etwa 240 Gefangenen, Kinder und Frauen, sollen freikommen. Am Donnerstag ist die Freilassung einer ersten Gruppe von rund einem Dutzend Geiseln geplant. Die Terror-Organisation teilte mit, um 10 Uhr Ortszeit beginne die Waffenruhe.

Im Gegenzug sichert Israel eine Waffenruhe von vier Tagen zu; in dieser Zeit sollen die 50 Geiseln gruppenweise freikommen. Außerdem wird Israel minderjährige und weibliche palästinensische Sicherheitsgefangene freilassen; diese waren jedoch nicht an dem Terrormassaker beteiligt. Am Mittwoch veröffentlichte Israel eine Liste mit den Namen von 300 Personen, die für eine Freilassung infrage kommen.

Weitere Freilassungen mitbedacht

Die Regierung erklärte, für jeweils zehn weitere Geiselfreilassungen werde es einen weiteren Tag mit Waffenruhe geben. Zu den Bestimmungen zählt auch, dass Mütter und ihre Kinder in Geiselhaft nicht getrennt freikommen. Außerdem erhält das Rote Kreuz Zugang zu den Geiseln, die weiter im Gazastreifen verbleiben.

Vermittlung durch Katar

An den Kriegszielen, zu denen die Auslöschung der Hamas gehört, hält Israel weiter fest. Premier Benjamin Netanjahu (Likud) nannte die Vereinbarung, bei der der Golfstaat Katar vermittelt hatte, „schwierig“, aber „richtig“. Die Familien der Geiseln hatten gefordert, dass eine Vereinbarung alle Geiseln betreffen müsse.

Laut Netanjahu haben sich auch die USA bei den Verhandlungen eingeschaltet und ein für Israel günstigeres Ergebnis erzielt. US-Präsident Joe Biden (Demokraten) begrüßte die Vereinbarung. Dies taten zahlreiche weitere Länder, darunter Deutschland, Frankreich und Russland.

Bodenoffensive geht weiter

Derweil geht die Armee weiter gegen die Terror-Infrastruktur im Gazastreifen vor. Am Mittwochmorgen teilte sie mit, dass die Soldaten seit Beginn der Bodenoffensive am 27. Oktober 400 Tunnelleingänge zerstört hätten. Die Zahl der getöteten Soldaten beläuft sich inzwischen auf 69.

In dem am Dienstag präsentierten Terrortunnel auf dem Gelände des Schifa-Krankenhauses durchbrach die Armee die sprengsichere Tür. Was sich dahinter verbirgt, ist noch nicht bekannt. Die Armee vermutet unter dem Schifa-Krankenhaus ein Kommandozentrum der Hamas.

Die israelischen Streitkräfte riefen die Bewohner im Norden des Gazastreifens einmal mehr auf, sich in den Süden zu begeben. Sie hätten dafür bis 16 Uhr Zeit. Terroristen feuern aus dem Gazastreifen nach wie vor Raketen ab. In den evakuierten Grenzortschaften auf der israelischen Seite wurde Raketenalarm ausgelöst. (df)

Kasachstan: Evangelisation mit Zeitschriften

Anuar Tuleuow (Almaty, Leiter von LICHT IM OSTEN Kasachstan) berichtet voller Freude, dass die christlichen Zeitschriften von LICHT IM OSTEN für Kinder und Erwachsene weiter gedruckt und verbreitet werden konnten, dass sie christliche Zeugnisse auf den You-Tube-Kanal von LICHT IM OSTEN Kasachstan stellen konnten und gerade ein neues Album aufnehmen. „Die Leute kommen regelmäßig in unser Büro, um Literatur zu holen, und wir verschicken viel per Post im ganzen Land. Die Leserschaft für christliche Literatur ist nicht sehr groß, ☒ wir beten, dass Gott unsere Ressourcen gebraucht.“

Bei einer Freizeit hauptsächlich für Kindern aus nicht-christlichen Familien erlebten sie eine große Aufmerksamkeit bei den Kindern. Bitte beten Sie

☒ für diese Kinder, dass das, was sie über Gott erfahren haben, in ihrem Herzen Wurzeln schlägt und aufgeht.

☒ für eine Frau, die zum Glauben gekommen ist und sich taufen lassen möchte, aber ihr Vater ist strikt dagegen. Bitte beten Sie auch für ihren Vater.

☒ um Kraft und Weisheit für Anuar Tuleuow für all seine Gemeinde- und Missionsdienste.

Myanmar: Das Land am Rande des Zerfalls

Nach Offensive der „Brotherhood Alliance“ gegen Militärdiktatur

Yangon (Fides) - Die Militärjunta in Myanmar sieht sich in den Grenzgebieten mit Angriffen an mehreren Fronten konfrontiert, nachdem sich ein Bündnis von Rebellen Gruppen ethnischer Minderheiten mit pro-demokratischen Kämpfern zusammengetan hat, die versuchen, das ganze Land zu einzunehmen. Die so genannte "Operation 1027", die am 27. Oktober von dem Bündnis ethnischer Milizen - mit Unterstützung der "Volksverteidigungskräfte", die nach dem Staatsstreich vom Februar 2021 gebildet wurden - eingeleitet wurde, führte bereits koordinierte Angriffe gegen militärische Stellungen im Shan-Staat (im Norden des Landes, an der Grenze zu China) durch und nahm mehrere Städte ein.

Das Bündnis mit dem Namen "Brotherhood Alliance" ist ein Zusammenschluss der "Kokang Myanmar Democratic Alliance Army" (Mndaa), der "Ta'ang National Liberation Army" (Tnla) und der "Arakan Army" (Aa), die die Offensive anführt und erklärte unmissverständlich, ihr Ziel sei es, "das Leben von Zivilisten zu schützen, das Recht auf Selbstverteidigung geltend zu machen, entschlossen auf die anhaltenden Artillerie- und Luftangriffe" der Junta zu reagieren und "die unterdrückerische Militärdiktatur zu beseitigen".

Die neue Offensive stellt die größte militärische Herausforderung für die Junta-Regierung dar, die ihre Kräfte und Angriffe auf mehrere Fronten ausgeweitet hat. Dem Bündnis, das sich aus drei Gruppen mit umfassender Kampferfahrung zusammensetzt, haben sich Mitglieder der so genannten "Volksverteidigungskräfte" angeschlossen, einer Basisbewegung, die von der im Ausland befindlichen "Regierung der nationalen Einheit Myanmars" (NUG) unterstützt wird und der demokratischen Führerin Aung San Suu Kyi nahe steht. Die Koordination zwischen allen Gruppen, die sich gegen die Militärjunta stellen, hat die Konfrontation verschärft: Das Bündnis behauptet nun, bereits 70 % des nationalen Territoriums zu kontrollieren, während sich die Armee im zentralen Teil des Landes verschanzt und die größten und wichtigsten Städte (Yangon, Mandalay, Naipidaw) kontrolliert.

Auf den Angriff im Shan-Staat folgte die Eröffnung weiterer Kampfzonen: eine im Rakhine-Staat im Westen, trotz des vor einem Jahr vereinbarten Waffenstillstands; eine weitere im Chin-Staat an der Grenze zu Indien und im Kayah-Staat an der Grenze zu Thailand. Schwere Zusammenstöße, so Beobachter gegenüber Fides, werden auch in Loikaw, der Hauptstadt des Bundesstaates Kayah, verzeichnet, einer Stadt, in der seit über zehn Tagen Luftangriffe und ständige Bombardierungen stattfinden. Die Bürger sind geflohen oder haben sich in den Kellern versteckt, und sogar in der katholischen Kathedrale sind Flüchtlingsfamilien untergebracht.

In der mächtigen birmanischen Armee gibt es unterdessen auch erste Überläufer: Am 16. November ergab sich ein ganzes Bataillon, das in der Nähe der chinesischen Grenze stationiert war, dem Bündnis bewaffneter ethnischer Gruppen. Die Kapitulation von 261 Personen (127 Soldaten und 134 Nichtkombattanten) des Infanteriebataillons im Shan-Staat ist die größte Kapitulation der regulären Streitkräfte seit Ausbruch des Konflikts.

Die Volksverteidigungskräfte ermutigen unterdessen die bewaffnete Opposition in der Bevölkerung, die Verwundbarkeit der Armee in den verschiedenen Regionen zu erkennen: Durch die Vertreibung von Konvois und militärischen Gruppen gelangen oppositionelle Milizionäre häufig in den Besitz von Kleinwaffen, Munition, Maschinengewehren und sogar gepanzerten Fahrzeugen. Außerdem wird versucht, die Desertion zu fördern und junge Soldaten davon zu überzeugen, auf die Seite der Aufständischen und des Volkes zu wechseln.

In der Zwischenzeit wurde die "Operation 1027" in ganz Myanmar bejubelt und in den sozialen Medien ausführlich verfolgt, wobei die Darstellung der Armee über ihre angebliche Unbesiegbarkeit in Frage gestellt wurde. General Min Aung Hlaing, der Vorsitzende der Militärjunta, musste öffentlich die Schwierigkeiten und Niederlagen eingestehen und erklärte, dass "das Land Gefahr läuft, sich aufzulösen".

Analysten zufolge haben die in Myanmar regierenden Generäle zwar bewiesen, dass sie die Macht auf dem Schlachtfeld mit "divide et impera"-Strategien kombinieren können, um Aufstände in den Grenzgebieten unter Kontrolle zu halten. Die "Operation 1027" versetzte jedoch auch einer gut ausgerüsteten Armee mit jahrzehntelanger Erfahrung in der Aufstandsbekämpfung einen schweren Schlag. Zwar verfügt die Armee immer noch über eine überlegene militärische Kraft und Ressourcen, einschließlich Flugzeugen und Artillerie, und könnte daher eine Gegenoffensive starten, doch die Regierungsführung ist äußerst unpopulär geworden.

Die birmanische Bevölkerung - in all ihren ethnischen Komponenten, sowohl die Hauptgruppe der Bamar als auch alle Minderheiten - ist verzweifelt über die anhaltende humanitäre Krise, die die birmanischen Streitkräfte ausgelöst haben, um den Widerstand der Zivilbevölkerung zu brechen. In mehreren Regionen und Bezirken hat das Militär den Zugang zu Nahrungsmitteln, Kommunikationsmitteln, Transportmitteln und Finanzmitteln abgeschnitten, um die Bevölkerung in offensichtlicher Verletzung der Menschenrechte an den Rand des Abgrunds zu treiben. Angesichts dieser Gewalt suchen Zivilisten oft Schutz in religiösen Institutionen und Einrichtungen wie katholischen Zentren oder buddhistischen Klöstern.

Die Destabilisierung des Landes hat die ohnehin schon große Zahl der Binnenflüchtlinge weiter ansteigen lassen: Im letzten Monat wurden mehr als 286 000 Menschen durch die Kämpfe vertrieben, wie Farhan Haq, stellvertretender Sprecher von UN-Generalsekretär Antonio Guterres, berichtet. Insgesamt gibt es in den zwei Jahren des Bürgerkriegs etwa 2,5 Millionen Binnenvertriebene im ganzen Land, die dringend humanitäre Hilfe benötigen, die jedoch nicht gewährt wird. Das Phänomen droht auch zunehmend die Nachbarländer wie Indien, Thailand und China mit einzubeziehen, die eine mögliche Flüchtlingskrise befürchten, da viele Geflüchtete bereits die Grenzen überschreiten, um Sicherheit zu suchen und dem Konflikt zu entkommen.

(PA) (Fides 23/11/2023)

Niger: Kinder mit Sehbehinderung

Bildungsprogramme sollen Selbstwertgefühl fördern

Dosso (Agenzia Fides) - "Mit blinden Kindern zu arbeiten, in ihre Welt einzutreten, ihr Schweigen und ihre Diskretion zu verstehen, ihre Ängste, die Isolation, in der sie leben... hat uns tief geprägt, und uns ihnen zu widmen, ist nicht nur ein Privileg, sondern wir betrachten es als eine priesterliche Berufung", so Pater Rafael Casamayor, der von den schwierigen Bedingungen berichtet, unter denen viele sehbehinderte Minderjährige in der Gemeinde Dosso leben, in der er als Missionar tätig ist. In Niger haben 10 % der Bevölkerung eine Behinderung, die meisten davon eine Sehbehinderung, die durch die von Mücken übertragene Infektionskrankheit Onchozerkose (bekannt auch als Flussblindheit) verursacht wird.

"Unser Ziel ist es", so der Priester der Gesellschaft für Afrikamissionen, "dass sie im Rahmen unserer Möglichkeiten durch Bildung, Fachausbildung und medizinische Versorgung ein Höchstmaß an Selbstständigkeit erlangen und sich so in eine Gesellschaft integrieren können, von der sie bisher ausgeschlossen waren."

"Wir sind keine Experten für diese Krankheiten, aber wir versuchen, Lösungen für ihre Probleme zu finden, ihre Hoffnung, ihre Freude, aber auch die ihrer Eltern wieder zu entfachen, indem wir unsere Freundschaft und Nähe zum Ausdruck bringen. Wenn man diesen Kindern die geringste Aufmerksamkeit schenkt, reagieren sie mit einem Lächeln, sie scheinen sich zu öffnen wie eine Blume", so der Missionar.

"Zu Beginn erzählten uns die sehbehinderten Kinder ihre Geschichten, wie ihre Eltern sie oft vernachlässigten, ihnen keine Aufmerksamkeit schenkten, sie als Fluch betrachteten, sie isoliert hielten mit der Aussicht, dass sie eines Tages zu Bettlern würden, während die Gesellschaft gleichgültig schien", berichtet Pater Casamayor.

In der Vergangenheit mussten sie kilometerweit zur Schule laufen, was dazu führte, dass die meisten von ihnen aufgrund ihrer Behinderung und der finanziellen Situation ihrer Eltern die Schule abbrechen mussten.

"Um diese Situation zu lindern, haben wir ihnen zusammen mit dem Verein „Zankey Handuriya“ (Stern der Kinder) in Dosso eine Transportmöglichkeit zur Verfügung gestellt und eine Schulkantine organisiert, in der sie nach dem Unterricht essen können. Neben der medizinischen und augenärztlichen Grundversorgung bieten wir ihnen die Bildung an, die für sie unerlässlich ist, um sich selbst versorgen zu können: von Mobilität und Orientierung über das Erlernen und die Verbesserung der Blindenschrift bis hin zur Nutzung von Computern und iPhones, Musik und verschiedenen manuellen Tätigkeiten."

"Die Kinder, die wir kannten, waren ängstlich, in sich verschlossen und traurig", betont der Missionar, "jetzt, nach einigen Monaten des Schulbesuchs und der Integration in die Gruppe der Mitschüler und das Betreuersteam, sehen wir sie völlig verändert: kommunikativ, lächelnd, glücklich und mit viel mehr Selbstwertgefühl. Natürlich sind sie immer noch blind, aber sie haben viel an Selbstständigkeit gewonnen und hoffen, weiter voranzukommen und sich durch ihr Engagement und ihre Beharrlichkeit in der Gesellschaft nützlich zu fühlen. Für uns ist es eine Quelle der Freude und des Stolzes, diese Kinder jeden Morgen mit der Fröhlichkeit zu sehen, die sie vermitteln, und mit der Entschlossenheit, mit der sie lernen und jedes Mal besser werden."

Der Verein „Zankey Handuriya“ kümmert sich um blinde Kinder im Alter von 6 bis 18 Jahren, die meisten von ihnen aus sehr armen Familien. Derzeit betreut der Verein rund 50 Kinder und Jugendliche. Die Programme werden von den Missionaren zusammen mit lokalen Freiwilligen in Gaya und Dosso durchgeführt, wo sich ihnen inzwischen etwa 50 Bewerber angeschlossen haben, die laut Pater Rafael "ein Segen sind, der die Kontinuität des Projekts gewährleistet."

(RC/AP) (Fides 21/11/2023)

Nigeria: Entführter Schüler nach über zwei Jahren frei

Er war 2021 aus einer christlichen Schule verschleppt worden

Kaduna (IDEA) – Im nigerianischen Bundesstaat Kaduna ist ein christlicher Schüler nach über zwei Jahren seinen Entführern entkommen. Das berichtet der britische Zweig des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors. Bei dem Schüler handelt es sich um Treasure Ayuba (14). Radikalislamische Fulani-Hirten hatten am 5. Juli 2021 die „Bethel Baptist High School“ nahe der Stadt Kaduna gestürmt und insgesamt 121 Schüler verschleppt. Nachdem Lösegelder in den vergangenen zwei Jahren geflossen waren, kamen die Schüler gruppenweise frei. Ayuba war laut Open Doors der letzte Entführte aus der Schülergruppe. Am 17. November gab das Werk seine erfolgreiche Flucht bekannt. Der Präsident der Nigerianischen Baptistenvereinigung, Israel Akanji, zeigte sich in den Sozialen Medien sehr erleichtert und dankbar. Der Bund betreibt die Schule und brachte zusammen mit den Eltern der Betroffenen in den vergangenen zwei Jahren die Lösegeldsumme von umgerechnet fast 280.000 Euro auf. Ein örtlicher Pastor erklärte dazu, man habe ursprünglich gehofft, dass alle Kinder nach den Verhandlungen mit den Kidnappern freigelassen würden. Stattdessen seien die Kinder nur schubweise freigekommen, und für die jeweils nächste Gruppe hätten die Entführer stets mehr Geld gefordert. Im Falle Ayubas hätten die Fulani ihn zum Islam bekehren wollen und ihn daher nicht freigelassen, so Open Doors. Der Junge habe sich auf seiner Flucht tagsüber versteckt und sei nachts unterwegs gewesen, bis ihn Jäger fanden und nach Hause brachten. Nach Angaben von Open Doors benötigt Ayuba eine Traumabehandlung. Die Onlinezeitung Christian Post bezeichnete seinen Gesundheitszustand als besorgniserregend.

Entführungen an der Tagesordnung

In Nigeria kommt es seit Jahren immer wieder zu Entführungen von Schülern. Der wohl bekannteste Fall ist die Entführung von 276 Mädchen im April 2014. Die radikalislamische Terrormiliz Boko Haram hatte damals eine Schule in Chibok (Bundesstaat Borno) überfallen. Seit der Entführung vor über acht Jahren sind etwa 160 Mädchen geflohen, wurden befreit oder freigelassen. Erst im Juli 2023 kamen erneut zwei von ihnen frei. Über 100 von ihnen werden noch vermisst. Auch die bekannte Schülerin Leah Sharibu war Opfer einer solchen Entführung: Die heute 20-Jährige aus Dapchi im Bundesstaat Yobe wurde am 19. Februar 2018 nach einem Überfall auf die dortige Technische Mädchenschule zusammen mit 109 Mädchen im Alter zwischen elf und 19 Jahren verschleppt. 101 kamen frei, einige starben. Leah ist die einzige der Schülerinnen, die noch festgehalten wird. Neben Entführungen kommt es immer wieder zu Angriffen auf Christen in Nigeria. Das westafrikanische Land belegt Platz sechs im Weltverfolgungsindex von Open Doors. 90 Prozent der weltweit mindestens 5.600 wegen ihres Glaubens getöteten Christen starben in Nigeria (Oktober 2021 bis September 2022). Von den über 220 Millionen Einwohnern des Landes sind jeweils etwa die Hälfte Kirchenmitglieder oder Muslime.

Nigeria: Zwei Pastoren ermordet

IIRF-D/BF/Tübingen/22.11.23 - Zwei Pastoren wurden bei Entführungen in Nigeria von bewaffneten Männern ermordet. Pastor Amako Maraya (Evangelical Church Winning All, ECWA, 2, Damakasuwa town) wurde getötet und seine Frau Grace entführt, als eine Bande am 17. November ihr Haus in der Kuru Local Government Area (LGA) im Bundesstaat Kaduna stürmte. Grace wurde am Sonntag, den 20. November, freigelassen und im Krankenhaus behandelt.

Pastor David Musa wurde am 11. Oktober entführt, als er auf dem Weg zu seiner Farm in Lokoja LGA, Kogi State war. Er wurde drei Tage später von seinen Entführern erschossen.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/updates-on-the-persecuted-church-21-november-2023/>

Pakistan: Christ erschossen

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/22.11.23 - Im Dorf Talwandi Inayat Khan im Pasrur-Tehsil des Bezirks Sialkot in der Provinz Punjab wurde der 20jährige Christ Farhan Ul Qamar am 9. November gegen 3 Uhr morgens von Muhammad Zubair, einem Muslim, in seinem im Bau befindlichen Haus getötet, so sein Bruder Shahan Ul Qamar.

"Wir wissen nicht, warum Zubair in der Dunkelheit der Nacht in unser Haus eingedrungen ist und ihn getötet hat", sagte Ul Qamar gegenüber Morning Star News.

Er sagte, dass er und sein Bruder im Zimmer ihrer Eltern schliefen, als der Lärm des Eindringlings sie weckte. "Als mein Vater das Licht anschaltete, sah er Zubair mit einer Pistole in der Hand auf der Fensterbank sitzen. Bevor mein Vater etwas sagen konnte, fing Zubair an, Farhan, der gerade aufgewacht war, zu beschimpfen, und eröffnete dann das Feuer auf ihn, wobei er ihn dreimal in das rechte Ohr, den Hals und das Schlüsselbein traf."

Als die gesamte Familie durch die Schüsse aufwachte, sprang Zubair ins Haus und bedrohte Ul Qamars Mutter mit einer Waffe. "Er fuhr fort, uns zu verfluchen und zu beschimpfen, während er sich auf den Weg zum Haupttor machte und die Pistole auf meine Mutter richtete", sagte Ul Qamar. "Wir sahen hilflos zu, wie der Mörder auf sein Motorrad stieg und flüchtete, während er in die Luft schoss."

Am Tag zuvor hatte Zubair versucht, sich mit seinem Bruder zu streiten, als dieser vor dem im Bau befindlichen Haus stand, so Ul Qamar. "Farhan und mein Onkel väterlicherseits unterhielten sich, als Zubair wie aus dem Nichts auftauchte und begann, Farhan wegen eines Stapels Ziegelsteine zu beschimpfen, der von Arbeitern, die an unserem im Bau befindlichen Haus arbeiteten, an den Straßenrand gelegt worden war. Zubair wohnt nicht in unserer Straße, und es gab keinen Grund für ihn, mit Farhan zu streiten."

Nach einem kleinen verbalen Schlagabtausch vermied Farhan Ul Qamar einen Streit mit Zubair und kam ins Haus, so sein Bruder. Er wies Kommentare in den sozialen Medien zurück, wonach sein Bruder getötet worden sei, weil er einen pro-israelischen Beitrag auf Facebook geschrieben habe. "Wir wissen nicht, warum die Leute diese Behauptungen in den sozialen Medien aufgestellt haben, obwohl nichts dergleichen passiert ist".

Ul Qamars Familie lebt inmitten von 18-20 anderen christlichen Familien in dem Dorf und ist schon seit Generationen in der Gegend ansässig.

"Obwohl wir seit über 100 Jahren in diesem Dorf leben, sind einige Muslime uns gegenüber wegen unseres christlichen Glaubens feindlich eingestellt", sagte er. "Vor einigen Tagen wurden zwei christliche Brüder, Aqib Javed und Asher Javed, zusammengeschlagen, und ihr Vater, Javed Masih, wurde von der örtlichen Polizei fast eine Woche lang widerrechtlich festgehalten, nachdem sie sich im Zuge des jüngsten Konflikts im Gazastreifen angeblich für Israel ausgesprochen hatten".

Er fügte hinzu, dass einige Einwohner die christlichen Familien daraufhin bedrohten und sie aufforderten, das Dorf zu verlassen, doch ein örtlicher muslimischer Geistlicher und andere schritten ein, um die Schikanen zu beenden. "Sie sagten den Aufwiegler, dass die Christen schon seit langem hier leben und niemand sie zwingen könne, ihr angestammtes Dorf zu verlassen".

Seine Eltern und seine beiden Schwestern seien durch den Mord traumatisiert, und die laxen Bemühungen der Polizei hätten ihren Kummer noch verstärkt.

"Die Polizei hat Zubair am nächsten Tag verhaftet, aber bis heute haben wir nicht erfahren, warum er meinen Bruder ermordet hat", sagte Ul Qamar. "Jedes Mal, wenn wir uns nach dem Stand der Ermittlungen erkundigen, wird uns gesagt, die Ermittlungen seien noch nicht abgeschlossen."

Der mit der Untersuchung des Falles betraute Beamte sagte, dass die Polizei Zubair einige Stunden nach der Schießerei in Gewahrsam genommen habe, seine Verhaftung aber noch nicht offiziell registriert worden sei.

"Zubair ist ein Krimineller und wurde bereits in sieben oder acht Fällen unterschiedlicher Art verhaftet", sagte der Beamte namens Fayyaz gegenüber Morning Star News. "Wir verhören ihn wegen des Mordes an Farhan. Bisher hat er uns noch nicht gesagt, warum er den Jungen ermordet hat". Er beteuerte, dass die christliche Familie Gerechtigkeit für ihren getöteten Sohn erhalten werde.

Rechtsanwalt Lazar Allah Rakha sagte, es sei nicht ungewöhnlich, dass die pakistanische Polizei die formelle Verhaftung von Verdächtigen und ihre Vorführung vor Gericht verzögere.

"Die Gerichte räumen der Polizei normalerweise vier oder fünf Tage Untersuchungshaft ein, weshalb die Polizeibeamten dazu neigen, ihre Ermittlungen abzuschließen, bevor sie die Verhaftung der Angeklagten offiziell anzeigen und sie einem Richter vorführen", sagte Rakha gegenüber Morning Star News. "Auf diese Weise versuchen die ermittelnden Beamten, ihren Vorgesetzten zu zeigen, dass sie den Fall in Rekordzeit gelöst haben. Die Regierung und die Polizeibeamten müssen die zunehmenden Vorfälle von Gewalt gegen religiöse Minderheiten im Punjab, insbesondere gegen Christen, zur Kenntnis nehmen. Es ist auch wichtig, dass den Opfern schnell Gerechtigkeit widerfährt und die Täter nach dem Gesetz bestraft werden, damit sich die Minderheiten in diesem Land sicher fühlen können."

Ul Qamar sagte, sein Vater, Noor Ul Haq, habe früher auf den Feldern gearbeitet, habe aber vor einigen Monaten aus gesundheitlichen Gründen aufgeben müssen. "Wir sind arm und haben nicht die Mittel, um den Fall vor Gericht zu verfolgen", sagte er. "Selbst die Polizei kümmert sich nicht um unsere Notlage, und es sieht so aus, als ob mein ermordeter Bruder keine Gerechtigkeit erfahren wird."

Pakistan steht auf der Weltbeobachtungsliste 2023 von Open Doors an siebter Stelle der schwierigsten Orte, um Christ zu sein, im Vorjahr auf Platz 8.

<https://morningstarnews.org/2023/11/christian-shot-dead-in-pakistan-for-unknown-reasons/>

Schweiz: Beten für Glaubensverfolgte

Mahnwache für Glaubensverfolgte am 13. Dezember 2023

Eine halbe Stunde wachen und beten für Glaubensverfolgte!

Am 13. Dezember stehen wir in über 55 Ortschaften in der Schweiz für Glaubensverfolgte ein. In Stille machen wir auf ihre Schicksale aufmerksam und beten.

Dürfen wir auf Sie zählen?

Besonders Christen können ihren Glauben nicht frei ausüben, müssen sich verstecken, sind Bürger zweiter Klasse und werden wegen ihrem Glauben verfolgt. Wir wollen einstehen für Glaubensverfolgte, auf ihre Situation aufmerksam machen und für sie beten.

Zum zwölften Mal in Folge lädt CSI dieses Jahr zur Mahnwache für bedrängte Christen und andere religiöse Minderheiten ein. Am Mittwochabend, 13. Dezember, werden wir von 18 bis 18.30 Uhr an über 55 Ortschaften in der Schweiz für Menschen einstehen, die wegen ihres Glaubens benachteiligt werden und nicht selten um ihr Leben fürchten müssen.

Gerade um die Weihnachtszeit leben sie unter einer erhöhten Gefahr Opfer von religiösen Übergriffen zu werden.

Zur friedlichen Kundgebung sind alle herzlich eingeladen, denen Religionsfreiheit am Herzen liegt und die gerne bereit sind, während einer halben Stunde still mit einer Kerze in der Hand und einer Friedensbotschaft für verfolgte Glaubensgemeinschaften einzustehen. **Wachen und beten Sie mit!**

Aktuelle Informationen auf csi-schweiz.ch/mahnwache

Simbabwe: Bischöfe zum Klima nach den Wahlen

Gelegenheit zur Förderung des Friedens und zum Abbau von Spannungen wurde verpasst

Harare (Fides) - "Menschen ihrer Stimme zu berauben, ist eine Form der Gewalt, die von allen integeren Menschen, von allen liebenden und friedlichen Bürgern verurteilt werden sollte", betonen die Bischöfe von Simbabwe in ihrem Hirtenbrief für den Advent, in dem sie ihre Einschätzungen zur Präsidentschaftswahl und zu den politischen und administrativen Wahlen vom 23. August, die auf den 24. August verlängert wurden, zum Ausdruck bringen.

Bei der Wahl im vergangenen August wurde der scheidende Präsident Emmerson Mnangagwa im Amt bestätigt, wobei die Opposition hat seinen Sieg angefochten und einen "eklatanten und gigantischen Wahlbetrug" angeprangert hat. In ihrem am 17. November veröffentlichten Bericht stellt die Wahlbeobachtungsmission der Europäischen Union (EU EOM) in Simbabwe fest, dass "der Prozess insgesamt die Grundrechte einschränkte und es an gleichen Bedingungen mangelte, was durch Einschüchterung noch verschärft wurde. In der Zeit nach den Wahlen beobachtete die EU EOM ein Klima der Vergeltung".

Das Klima des Misstrauens, der Vergeltung und der Angst wird auch in dem am 21. November veröffentlichten Hirtenbrief hervorgehoben. "In der Zeit nach den Wahlen haben wir die meisten Errungenschaften, die wir erreicht hatten, verloren; die Förderung des Friedens und der Abbau von Spannungen zwischen den verschiedenen politischen Akteuren und ihren Anhängern gingen verloren. Es kam zu Vergeltungsmaßnahmen gegen diejenigen, von denen man glaubte, sie hätten falsch gewählt, was immer das auch heißen mag!"

"Mit den jüngsten politischen Entlassungen von gewählten Abgeordneten, Senatoren und Ratsmitgliedern ist die Nation in eine neue Form der Gewalt hineingestoßen worden: rechtmäßig gewählte Personen können willkürlich entlassen werden. Es hat den Anschein, dass die Stimmen der Menschen, die gewählt haben, einfach ignoriert werden können, als ob sie unbedeutend wären", sagen die Bischöfe und beziehen sich dabei auf die Entlassung von 33 Abgeordneten der Opposition. Die Oppositionspartei „Citizens Coalition for Change“ (CCC) hat auf diese Weise 33 neue Parlamentssitze verloren, und zwar in zwei Phasen: zunächst wurde 15 Abgeordnete und dann 18 ihrer Sitze enthoben, nachdem im Parlament fälschlicherweise behauptet wurde, dass die Abgeordneten die Partei verlassen hätten, was zum Verlust ihrer Sitze führte.

"Hatten diese gewählten Abgeordneten kein Mandat vom Volk erhalten? Was passiert, wenn die Stimmen des Volkes von den Meistern des politischen Opportunismus zum Schweigen gebracht werden? Sicher ist, dass die Menschen das Gefühl haben, nicht respektiert zu werden und kein Gehör zu finden. Das führt zu Spannungen", heißt es in dem Hirtenbrief. Ein CCC-Mitglied, Tapfumane Masaya, wurde am vergangenen 11. November ermordet. Zwei Tage zuvor hatte er für einen CCC-Kandidaten in Mabvuku, einem Vorort von Harare, einer politischen Kundgebung teilgenommen, als er und ein anderer Oppositioneller, Jeffrey Kalosi, in ein Fahrzeug gezwungen wurden. Nach Angaben des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte wurden die beiden Männer gefoltert. Kalosi war in dem Gebiet freigelassen worden, in dem die Leiche von Masaya gefunden wurde. "Menschen werden entführt, brutal misshandelt und getötet. Kürzlich verlor ein Politiker sein Leben wegen der Politik. Was ist der Zweck dieser Gewalt? Geht es darum, die Menschen einzuschüchtern, damit sie für einen bestimmten Kandidaten stimmen oder überhaupt nicht wählen?", so die Bischöfe.

Die Nachwahlen für die Erneuerung des Parlaments werden in Simbabwe am kommenden 9. Dezember stattfinden. (L.M.) (Fides 23/11/2023)

Sudan: "Vergessener Krieg"

Die Lage im Sudan und in der Region Darfur spitzt sich zu

Khartum (Fides) - Der vergessene Krieg im Sudan spitzt sich zu, nachdem zwei bewaffnete Gruppen in Darfur, die bisher neutral geblieben waren, erklärt haben, dass sie sich auf die Seite der Armee gegen die Schnellen Eingreiftruppen (Rapid Support Forces, RSF) gestellt haben.

Am 17. November gaben Finanzminister Jibril Ibrahim, Anführer des „Justice and Equality Movement“ (JEM), und Minni Arko Minawi, Gouverneur von Darfur und Anführer "Liberation Movement/Army" (SLA/M) die Absicht der von ihnen angeführten Gruppen bekannt, sich der regulären Armee anzuschließen, und beschuldigten die RSF, in Darfur Gräueltaten zu begehen.

Minawi sagt, er habe erkannt, wie wichtig es sei, die Neutralität aufzugeben, nachdem er zu der Überzeugung gelangt sei, dass "das Ziel des Krieges darin besteht, den Sudan zu spalten".

Jibril Ibrahim erklärte auf einer Pressekonferenz, seine Organisation habe "zu Beginn des Krieges eine neutrale Position eingenommen, um zu vermitteln", beschuldigte aber die RSF, "in Zusammenarbeit mit ausländischen Milizen und Söldnern zu versuchen, das Land zu fragmentieren und zu spalten, um eine ausländische Agenda umzusetzen".

Der Bürgerkrieg im Sudan brach am 15. April nach einem Zusammenstoß zwischen der regulären Armee und RSF-Milizionären aus. Die Kämpfe konzentrierten sich in und um die Hauptstadt Khartum sowie in Darfur, der Region im Westen des Landes, aus der die Mitglieder der RSF stammen. Bisher hatten sich die meisten anderen bewaffneten Gruppen des Landes nicht an den Kämpfen zwischen den beiden Fraktionen beteiligt. Die Entscheidung der JEM und der SLA/M, sich der Armee anzuschließen, wurde von einer anderen in Darfur aktiven Gruppe, der "SPLM-N Revolutionary Democratic Current" (RDC), kritisiert, die in einer Erklärung erklärte, dass "ihre Position eine Fortsetzung ihrer Opposition gegen die Demokratie und die Dezemberrevolution und ihre Unterstützung des Staatsstreichs vom 25. Oktober ist, aus dem der Krieg vom 15. April eine direkte Folge ist". Der von der Armee und der RSF gemeinsam durchgeführte Staatsstreich vom 25. Oktober machte die Hoffnungen auf einen demokratischen Durchbruch im Sudan zunichte und führte zur Bildung einer Militärjunta, deren interne Unstimmigkeiten zu einem Bürgerkrieg eskalierten.

Eine weitere besorgniserregende Entwicklung war der Angriff, bei dem 32 Menschen in Abyei, einem ölreichen, umstrittenen Grenzgebiet zwischen Sudan und Südsudan, ums Leben kamen. Bulis Koch Aguar Ajith, Informationsminister der Region Abyei und südsudanesischer Sprecher für die Region, verurteilte den Angriff in einer am Sonntagabend, den 19. November, veröffentlichten Erklärung, wonach der Angriff von einer Dinka-Fraktion gegen eine rivalisierende Fraktion verübt wurde. Abyei hat einen besonderen Verwaltungsstatus und wird von einer Verwaltung regiert, die sich aus von den Regierungen in Juba und Khartum ernannten Beamten zusammensetzt. Die Nähe der Kämpfe zu Abyei berge die Gefahr einer Destabilisierung dieser ohnehin schon instabilen Region, während die anhaltende Krise im Sudan die Gespräche zwischen den beiden Ländern über dieses seit langem umstrittene Gebiet "faktisch ausgesetzt" habe, warnte der UN-Sondergesandte für die Region.

Der sudanesischer Konflikt birgt die Gefahr, die Nachbarstaaten mit einzubeziehen, während sich mit der Bildung zweier Regierungen, die um die Kontrolle des Landes ringen, ein "libysches" Szenario abzeichnet.

Die einzige Stimme, die an das Drama im Sudan erinnert, ist die von Papst Franziskus, der nach dem Angelus am Sonntag, dem 12. November, sagte: "Seit mehreren Monaten tobt im Sudan ein Bürgerkrieg, der nicht nachzulassen scheint und zahlreiche Opfer, Millionen von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen in den Nachbarländern sowie eine sehr ernste humanitäre Situation zur Folge hat. Ich bin dem Leid des sudanesischen Volkes nahe und appelliere von ganzem Herzen an die Verantwortlichen vor Ort, den Zugang für humanitäre Hilfe zu erleichtern und mit dem Beitrag der internationalen Gemeinschaft auf friedliche Lösungen hinzuarbeiten. Vergessen wir nicht unsere Brüder und Schwestern in der Prüfung!". (L.M.) (Fides 21/11/2023)

Südostasien: Zeugnis einer Christin in Verfolgung

Ein Bibelkurs verändert den Alltag einer Christin

(Open Doors, Kelkheim) – Was hilft verfolgten Christen, dem alltäglichen Druck ihres Umfeldes standzuhalten? Eine wichtige Antwort darauf liefert das Beispiel von Fiona* aus Südostasien. Sie stammt aus einem mehrheitlich islamischen Heimatland, das aus Sicherheitsgründen ungenannt bleiben muss und in dem Christen vor großen Herausforderungen stehen. Durch ihre Teilnahme an einem Bibelkurs erlebte Fiona eine Veränderung, die sie selbst überraschte.

Kritik und Spott als Normalzustand

Neben dem gesellschaftlich bedingten Frauenbild und gesetzlichen Einschränkungen von Frauenrechten sorgt ihr christlicher Glaube dafür, dass Frauen wie Fiona in vielen Alltagssituationen unter großem Druck stehen. Sie war es gewohnt, dass ihre islamischen Arbeitskollegen abfällig über ihren Glauben sprachen; äußerlich hatte sie sich damit abgefunden, die Demütigungen ihrer Kollegen still zu ertragen. Was hätte sie bei ihren spärlichen Kenntnissen der Bibel auch sagen sollen? Woher sollte sie den Mut nehmen, sich gegen ihre Kollegen zu stellen? Doch mit der Zeit machten die regelmäßigen Anfeindungen ihr so zu schaffen, dass sie sich schließlich hilfesuchend an eine unserer lokalen Partnerorganisationen wandte.

Die Organisation bietet Bibelkurse an, die sich in erster Linie an Jugendliche und junge Erwachsene richten. Den Teilnehmern wird ein tieferes Verständnis der Bibel anhand von Textstudien und historischem Kontext vermittelt. Es befähigt die Christen dazu, auf Vorurteile und Kritik an ihrem Glauben zu antworten, die ihnen im Alltag immer wieder begegnen. Gleichzeitig vermittelt es Gottes Sicht auf die Menschen und soll helfen, einem feindlichen Umfeld mit der Liebe Jesu zu begegnen.

Überrascht von der eigenen Courage

So erlebte es auch Fiona. Während des Kurses fand sie einen neuen Zugang zur Bibel und lernte biblische Wahrheiten kennen, die ihr bis dahin fremd waren. Ihr Glaube gewann an Kraft und ihr Selbstbewusstsein als Christin wuchs. Wie groß diese Veränderung schließlich war, wurde ihr jedoch erst bewusst, als sie sich bei einem der üblichen verbalen Angriffe am Arbeitsplatz mutig zu Wort meldete. Nun hatte sie Antworten auf die oft gehörten Anschuldigungen und konnte viele falsche Behauptungen über den christlichen Glauben richtigstellen.

Fiona war selbst überrascht von ihren klaren Worten und dem Mut, mit dem sie zu ihrem Glauben stand. Ihr ungewohntes Auftreten führte dazu, dass die verwunderten Kollegen erstaunlich schnell verstummten und ohne viele Worte an ihren Arbeitsplatz zurückkehrten. Als Fiona über den Vorfall nachdachte, erkannte sie, dass ihre neugewonnene Stärke nicht ihre eigene war, sondern ein Werk des Heiligen Geistes in ihr. Im Rückblick sagt sie: „An diesem Tag begann ich, in der Furcht des Herrn zu wandeln, nicht in der Furcht der Menschen.“

Seit diesem Vorfall haben sich ihre Kollegen nie wieder über ihren Glauben lustig gemacht. Fiona konnte sogar einer Freundin helfen, die aus anderen Gründen ausgegrenzt wurde. Fionas unerschütterliche Akzeptanz und ihre Liebe schufen einen sicheren Raum für die Freundin, um über ihre Probleme und Schwierigkeiten zu sprechen. „Warum akzeptierst du mich, wenn mich alle anderen wegstoßen?“, fragte sie Fiona eines Tages und erhielt zu Antwort: „Mein Glaube lehrt mich, alle Menschen unabhängig von ihrem Hintergrund zu lieben.“

Quelle: Open Doors Deutschland

https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/suedostasien-meine-gottesfurcht-wurde-staerker-als-die-angst-vor-menschen?pk_campaign=GM&pk_kwd=20231122

Türkei: Christ ermordet

IIRF-D/BF/Tübingen/22.11.23 - Der Christ Gevriye Ego, 91, wurde am 6. November getötet, als er und seine Frau nachts von einem Besuch bei einem Nachbarn in der Provinz Mardin im Südosten der Türkei nach Hause gingen. Gevriye wurde vor seinem Haus in dem christlichen Dorf Enhil mit mehreren Schüssen in den Kopf getötet und starb im Krankenhaus. Christen leben seit vielen Jahrhunderten im Südosten der Türkei, sind aber heute eine Minderheit.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/updates-on-the-persecuted-church-21-november-2023/>

Uganda: Zwei Christen verprügelt

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/23.11.23 - Zwei Christen im Osten Ugandas wurden ins Krankenhaus eingeliefert, nachdem Hardliner-Muslime sie wegen ihres Vortrags bei einem religiösen Dialog verprügelt hatten, sagte eines der Opfer.

Musa Kirongosa, 32, und Swidiki Buyinza, 27, von einer ungenannten Kirche in Nawaikoke, Kaliro Distrikt, waren die ersten, die bei dem von Muslimen organisierten christlich-muslimischen Dialog am 13. November in der Stadt Bulumba sprachen. Unter Berufung auf die Bibel und den Koran argumentierten sie, dass Mohammed ein falscher Prophet sei, und Kirongosa erklärte: "Die Wahrheit ist nur in Jesus Christus zu finden, dem einzigen Erlöser der Menschheit".

Die anwesenden wütenden Muslime wurden laut, bevor die beiden Christen fertig waren, und zwangen sie, zu fliehen und sich im nahe gelegenen Haus eines Christen zu verstecken, so Buyinza. Einige der Muslime eilten voraus, um die Straße zu blockieren, die aus dem Gebiet herausführte, und etwa zwei Stunden später, gegen 19 Uhr, als das Gebiet geräumt und ruhig war, dachten die beiden Christen, es sei sicher, zu gehen.

"Als wir gegen 19.30 Uhr mit unserem Motorrad losfuhren, wurden wir nur wenige Kilometer auf der Straße Nawaikoke-Bulumba von Buruhan Musobya, einem bekannten muslimischen Extremisten, und sechs weiteren Muslimen angehalten", so Buyinza gegenüber Morning Star News. "Sie begannen zu schreien: 'Allah Akbar [Gott ist größer], dies sind die Feinde unseres Propheten Mohammed und unserer Religion. Kafir [Ungläubige]! Kafir!'"

Die Angreifer hätten ihr Motorrad in Stücke gerissen und ihre Bibeln und andere christliche Literatur zerrissen, sagte er.

"Danach begannen sie, uns mit stumpfen Gegenständen zu schlagen, was dazu führte, dass Musas rechtes Bein gebrochen wurde", sagte Buyinza gegenüber Morning Star News. "Zwei der Angreifer hielten mich fest und schlugen mich mit Stöcken, während vier andere auf Musa einschlugen und auf ihn eintraten, während er mitten auf der Straße lag."

Als ein Taxi mit Lichthupe kam, seien die Angreifer geflohen. Das Taxi hielt an und die Fahrgäste stiegen aus, darunter ein Pastor aus der Stadt Kaliro, der Kirongosa erkannte und die beiden Christen in ein dortiges Krankenhaus brachte.

Buyinza wurde nach einer Nacht im Krankenhaus entlassen, Kirongosa jedoch fünf Tage lang dort behandelt.

"Einer der Scheichs besuchte uns heimlich im Krankenhaus und sagte, er sei auf der Suche nach dem Christentum und habe vor, sich dem christlichen Glauben anzuschließen, nachdem er den Dialog gehört hatte, bei dem die Dinge aus dem Ruder liefen", so Buyinza. "Bitte beten Sie für die Rettung des Scheichs und dieser radikalen Muslime und auch für die Begleichung der Arztrechnung. Obwohl wir geschlagen wurden, wissen wir, dass denen, die Jesus lieben, alle Dinge zum Guten dienen".

Die Kirche bereite eine Klage gegen Musobya und die anderen Angreifer vor, sagte er.

Der Angriff war der jüngste von vielen Fällen der Verfolgung von Christen in Uganda, die Morning Star News dokumentiert hat.

Ugandas Verfassung und andere Gesetze sehen Religionsfreiheit vor, einschließlich des Rechts, den eigenen Glauben zu verbreiten und von einem Glauben zum anderen zu konvertieren. Muslime machen nicht mehr als 12 Prozent der ugandischen Bevölkerung aus. Sie bewohnen vor allem die östlichen Gebiete des Landes.

<https://morningstarnews.org/2023/11/two-christians-beaten-after-muslim-christian-dialogue/>

Ukraine: Bitte beten Sie weiter

(Licht im Osten) Gebet, dass wir die Möglichkeit bekommen, vor Weihnachten noch die geplante Anzahl an Weihnachtspäckchen für bedürftige Menschen sowie andere Hilfsgüter ins Land zu bekommen. Es gibt einen enormen LKW-Stau an der polnischen Grenze.

☒ für unsere haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter in der Ukraine um Bewahrung bei ihren oft mit großem Risiko für ihr Leben verbundenen Einsätzen in front-nahen Gebieten, um den Menschen dort dringend benötigte Hilfsgüter und geistliche Nahrung zu

bringen.

Ukraine: Strengere Einfuhrbestimmungen für Hilfsgüter

(Licht im Osten) Im Zuge der Bemühungen, die Korruption in der Ukraine zu bekämpfen, gibt es inzwischen strengere Einfuhrbestimmungen für Hilfsgüter. Diese betreffen jetzt auch unsere Hilfsgüterlieferungen.

Bitte beten Sie

☒ dafür, dass wir trotzdem besonders jetzt vor Weihnachten noch die geplante Anzahl an Weihnachtspäckchen für bedürftige Menschen sowie andere Hilfsgüter ins Land bekommen.

Vereinigte Staaten: Prediger an Straßenecke in Arizona angeschossen

IIRF-D/ICC/Tübingen/23.11.23 - Ein christlicher Gemeindeleiter befindet sich in kritischem Zustand, nachdem er während einer Predigt an einer Straßenecke in Glendale, Arizona, in den Kopf geschossen wurde. Hans Schmidt, 26, verkündete die Bibel durch ein Megaphon auf öffentlichem Grund, als der Vorfall geschah. Schmidt, der auch als Einsatzleiter der Victory Chapel First Phoenix tätig ist, hatte bei zahlreichen Gelegenheiten auf der Straße gepredigt.

Die Behörden versuchen immer noch herauszufinden, ob die Schüsse von jemandem in einem Auto oder einem Passanten auf der Straße kamen - und die Verdächtigen sind immer noch auf freiem Fuß. Zeugen berichten jedoch, dass vor den Schüssen eine Gruppe von Personen vorbeigefahren sei, die Hans mit hasserfüllten Kommentaren beschimpft und ihm gedroht hätten, "von der Straße zu gehen".

Victory Chapel First Phoenix, wo Hans angestellt ist, teilte mit, dass "Hans in die Notaufnahme gebracht wurde, wo man nach einer CT-Untersuchung feststellte, dass er angeschossen worden war. Er begann zu krampfen und wurde intubiert. Er hat sich etwas bewegt, aber die Ärzte sind sich nicht sicher, wie viel davon freiwillig ist und haben begonnen, Flüssigkeit aus seinem Gehirn abzuleiten. Sein Zustand ist weiterhin kritisch."

Vereinigte Staaten: US-Wirtschaftsführer gerügt, weil sie Xi Jinping applaudiert haben

Die USCIRF rügte amerikanische CEOs dafür, dass sie Chinas hartes Vorgehen gegen die Religionsfreiheit implizit unterstützten. Sie zahlten 40.000 Dollar dafür, dass sie dort waren, und bekamen nichts als Gegenleistung.

IIRF-D/BW/Tübingen/Bitter Winter berichtet in einem Beitrag von *Massimo Introvigne* von einer ungewöhnlichen Rüge der United States Commission on International Religious Freedom gerichtet an die Vertreter der US-Wirtschaft wegen ihres Verhalten bei einem Spendengala mit dem autokratisch regierenden Xi Jinping als Hauptgast.

Die United States Commission on International Religious Freedom (USCIRF) ist eine unabhängige, überparteiliche Kommission der US-Bundesregierung, die durch den International Religious Freedom Act (IRFA) von 1998 geschaffen wurde. Seine Kommissare werden vom Präsidenten und von den Kongressführern beider politischer Parteien ernannt.

Das Mandat der USCIRF erstreckt sich nicht auf die US-Innenpolitik, und sie kritisiert selten amerikanische Bürger, aber ausnahmsweise tat sie es jetzt. In einer [seltenen Erklärung](#), die am 17. November veröffentlicht wurde, verurteilt die USCIRF "US-Unternehmen aufs Schärfste, weil sie weiterhin Geschäfte in China tätigen, während sie den anhaltenden Völkermord und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit in [Xinjiang](#) ignorieren – einschließlich außergerichtlicher Masseninhaftierungen, Zwangsarbeit und sexueller Gewalt – und ungeheuerliche Verletzungen der Religionsfreiheit gegen Uiguren und andere Muslime, Untergrundkatholiken, Hauskirchen-Protestanten, [Falun Gong-Praktizierende](#) und viele andere."

Die USCIRF protestierte gegen die Tatsache, dass amerikanische Wirtschaftsführer dem chinesischen Präsidenten [Xi Jinping](#) bei einem für sie organisierten Abendessen am 15. November in San Francisco einen großen Applaus spendeten.

"Die US-Geschäftswelt, so die USCIRF, darf niemals ihr Vertrauen in ein rücksichtsloses kommunistisches Regime setzen, das das Völkerrecht und sein eigenes Recht verletzt, während es sich aktiv an systematischen, andauernden und ungeheuerlichen Verletzungen der Religionsfreiheit und anderen grausamen [Menschenrechtsverletzungen](#) beteiligt. Statt Standing Ovationen für einen Diktator sollten US-Unternehmen die US-Gesetze einhalten – einschließlich des Uyghur Forced Labor Prevention Act – und mit der US-Regierung zusammenarbeiten, um [die menschenrechtliche](#) Sorgfaltspflicht zu erfüllen und sicherzustellen, dass ihre Aktivitäten in China und hier in den Vereinigten Staaten nicht zu weiteren [Menschenrechtsverletzungen](#) beitragen."

Die USCIRF verurteilt auch "US-Lobbyistenfirmen – einschließlich ehemaliger Kongressabgeordneter – aufs Schärfste, weil sie im Auftrag ihrer chinesischen Kunden wie Hikvision und Huawei arbeiten, die von der US-Regierung wegen ihrer Komplizenschaft bei Menschenrechtsverletzungen sanktioniert wurden. Die Biden-Regierung und der Kongress müssen die skrupellose Lobbyarbeit von US-Firmen verbieten, die die Interessen der chinesischen Regierung und ihrer staatseigenen Unternehmen vertreten, die für den anhaltenden Völkermord und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit in [Xinjiang](#) und die Verletzungen der Religionsfreiheit in ganz China verantwortlich sind. Darüber hinaus muss die US-Regierung eng mit internationalen Partnern zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass kritische Technologien nicht nach China exportiert werden, um dort für [Menschenrechtsverletzungen](#) verwendet zu werden."

Wirtschaftsführer [zahlten 40.000 Dollar](#), um an [Xi Jinpings](#) Tisch zu sitzen, ignorierten [die Menschenrechte](#) und bekamen nur sehr wenig Gegenleistung. Den Fachmedien zufolge erfüllte er nicht die Erwartungen des Publikums, das sich über die Probleme ausländischer Unternehmen in China beruhigen wollte, einschließlich derjenigen, die durch die neuen invasiven [Anti-Spionage-Gesetze](#) entstehen. Unter dem Titel "U.S. Executives Get no Reassurance from Xi on Tougher China Business Environment" [berichtete das "Wall Street Journal"](#) über die Meinung von vielen. Xi "gab keine Andeutungen von Zugeständnissen an die Wirtschaft oder auch nur Interesse an mehr Investitionen in die chinesische Wirtschaft", sagte ein hochrangiger amerikanischer Geschäftsmann, der an dem Abendessen teilnahm. Die Rede war Propaganda vom Feinsten."

Für ihre 40.000 Dollar erhielten die Geschäftsleute jedoch Xis Zusicherung, dass China "mehr Pandas in die USA schicken" könnte. Sie applaudierten noch enthusiastischer. Klar, sie sind alle wegen der Pandas dorthin gegangen...

Quelle: <https://bitterwinter.org/us-business-leaders-condemned-for-applauding-xi-jinping/>

Weltweit: Neuer Bericht zur Lage der Religionsfreiheit vorgelegt

Religionsfreiheit: Bundesregierung nimmt mehr Länder unter die Lupe

Berlin (IDEA) – Der Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Frank Schwabe (SPD), hat den dritten Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit in Berlin vorgestellt. Darin wurde die Zahl der besonders zu betrachtenden Länder von 30 auf 41 erhöht. Der Bericht behandelt Entwicklungen in den Jahren 2020 bis 2022. Damit komme er einem Wunsch des Bundestages nach, erklärte Schwabe im Vorwort. Zudem wurde erstmals die Lage der Religionsfreiheit indigener Völker genauer untersucht.

Nigeria: Gewalt nimmt zu

Zur Lage in Nigeria heißt es im Bericht, dass die verschiedenen Religionen dort „weitgehend friedlich“ zusammenlebten. „Jedoch haben im Berichtszeitraum das allgemeine Gewaltniveau und die Unsicherheit, insbesondere im Norden und Zentrum des Landes, zugenommen.“ Religiöse Zugehörigkeiten würden zunehmend in Konflikten wie Landstreitigkeiten instrumentalisiert. Zudem verursachten die radikalislamischen Terrororganisationen Boko Haram und der Islamische Staat Provinz Westafrika (ISPW) „über Religionsgrenzen hinweg unsagbares Leid, auch durch die Vertreibung von Millionen Menschen“. Nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen wurden in Nigeria seit 2009 mehr als 50.000 Christen ermordet. Allein 2022 waren es nach Angaben des Hilfswerks Open Doors über 5.000. Dem Werk zufolge werden in keinem anderen Land der Welt so viele Christen wegen ihres Glaubens getötet wie in Nigeria.

Afghanistan: Christen werden zunehmend bedroht

In Afghanistan hätten sich die politischen Rahmenbedingungen mit der Machtübernahme durch die Taliban im August 2021 grundlegend verändert. Sie diskriminierten zunehmend ethnische, sexuelle und religiöse Minderheiten. Viele Angehörige religiöser Minderheiten hätten das Land daher verlassen. Bereits vor der Machtübernahme der Taliban sei das Christentum in Afghanistan „als fremde, westliche Religion“ angesehen worden. Nach Angaben von christlichen Gläubigen nähmen Belästigungen und Drohungen – auch Morddrohungen z. B. von Nachbarn – seither jedoch zu.

China: Lage verschärft sich

In China sind in den letzten Jahren laut dem Bericht die gesetzlichen Grundlagen zu Lasten der Religionsfreiheit weiter verschärft worden. So müssten sich alle „religiösen Amtsinhaber“ in einer nationalen Datenbank registrieren lassen. Auch religiöse Erziehungseinrichtungen würden seit 2021 strenger reguliert. Seit diesem Jahr müssten religiöse Dienstleister für jegliche öffentliche Internetkommunikation eine offizielle Genehmigung beantragen. Besonders betroffen seien die jenseits staatlich autorisierter Institutionen praktizierenden Religionsgemeinschaften, wie etwa christliche Hauskirchen, die aufgrund von Einschränkungen der Bewegungsfreiheit während der Corona-Krise Gottesdienste auch online abgehalten hatten.

Rachel: Christen sind besonders betroffen

Der religionspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Rachel (Düren), erklärte laut einer Pressemitteilung mit Blick auf den Bericht, dass es weiterhin wichtig sei, die Angehörigen anderer Religionen und Weltanschauungen im Blick zu behalten. Hierzu zählten nach wie vor auch die Christen, die als Angehörige der zahlenmäßig größten Glaubensgemeinschaft weltweit von der Verletzung der Religionsfreiheit besonders betroffen seien.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]